Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 16.—31. Aug. 385 000 M., durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschaft, f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Verchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 44000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 300000 M. für Reklame-anschl. an den dreigespaltenen Textsetzentell. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postsch.-Konto Leipzig 108848. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 50 000 Mk. | **Dienstag, den 28. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 200**

Die Diktatur Hilferding-Sollmann-Stresemann

Drakonische Maßnahmen nicht gegen die Wucherer, Schieber und Steuersaboteure, sondern gegen die Arbeiter und ihre Presse

Die Herren Hilferding, Sollmann und Stresemann regieren nunmehr zwei Wochen:

Sie haben noch keine Zeit gefunden, Devisen und Lebensmittel zu beschlagnahmen und überhaupt die „drakonischen Maßnahmen ihrer Diktatur der Mehrheit" gegen die Volksausplünderer, Steuer- und Produktionssaboteure anzuwenden.

Die Devisen werden von den Herren Spekulanten, Industriellen, Großhändlern, Bankiers usw. „freiwillig" abgeliefert.

Wenn sie falsche Angaben machen über ihren Devisenbesitz, können sie mit Zuchthaus bestraft, und sogar ihr Vermögen teilweise eingezogen werden.

„Können" — wenn nämlich der bureaukratische Amtsschimmel hinter die tausend Schliche der kapitalistischen Gauner kommt — natürlich kommt er nicht dahinter — und wenn die bürgerliche Klassenjustiz dieselben großen kapitalistischen Gauner so anfaßt wie die dummen Teufel, die statt Milliarden nur ein Stückchen Brot stehlen.

Die Herren Hilferding, Sollmann und Stresemann können sich von der Börse, also von den Sachverständigen im kapitalistischen Gaunertum, bereits schriftlich geben lassen, daß die Devisengeschichte ein schlechter Scherz ist.

„Effekten außerordentlich fest", Dollar 5,5 bis 6 Millionen — achselzuckend geht die Börse über den Stresemann-Hilferdingschen Tamtam zur Tagesordnung über. „Geschäft wie üblich."

Wie wir hören, will Herr Hilferding, der früher einmal sein Schiffleln nicht an das sinkende Schiff Sowjet-Rußlands und des Kommunismus anbinden wollte, Sokolnikoff, den russischen Finanzkommissar kopieren.

Die Kopie! Der russische Sowjetstaat kontrolliert die gesamte Großindustrie, den Außenhandel, die Devisen, die Preise, die Löhne . . . Herr Hilferding kontrolliert nichts — nicht einmal seine Zunge . . .

Hilferding, Sollmann und Stresemann beschlagnahmen auch keine Lebensmittel . . . Sie wollen das nicht, und sie könnten es nicht, selbst wenn sie wollten.

Aber sie beschlagnahmen die „Rote Fahne" und die „Junge Garde". Sie stellen die kommunistische Presse unter Vorzensur. **Sie unterdrücken die anklagende und fordernde Stimme des hungernden und empörten Volkes.**

Das können sie noch.

Dazu braucht's nur noch ein paar Dutzend Schupos, die ein Haus umstellen.

Gründe braucht man dafür nicht. Dafür hat Eberts Verordnung gesorgt.

„Die ganze Richtung paßt uns nicht." Das genügt.

„Diktatur der Mehrheit?"

Die Herren sozialdemokratischen Führer mögen doch einmal nur bei den Mitgliedern ihrer Partei, nach freier Diskussion, eine Urabstimmung vornehmen lassen, ob sie für die Hilferdingsche Pfuscherei oder für die Sachwerterfassung, für die Große Koalition oder für die Arbeiter-Regierung, für die Stresemannschen oder für die Kommunistischen Losungen sind . . .

Ausnahmegesetz gegen die wirkliche Volksmehrheit: ausgeübt von den Beauftragten der besitzenden Minderheit: **das ist's!**

Die regierenden Herrschaften können sich nicht beschweren, daß ihnen irgendwo von den Kommunisten Schwierigkeiten gemacht wurden, wo sie ernsthaft den kapitalistischen Haifischen an den Leib gehen wollten.

Aber schärfste Kritik, schärfster Kampf, wo nur hohler Tamtam gemacht, wo das vom Volk als notwendig Anerkannte sabotiert wird!

Daran werden weder Beschlagnahmen, Vorzensur noch sonstige Repressalien etwas ändern. Die Arbeiterschaft wird den regierenden Koalitionsherrschaften, die sich auf den Willen der Volksmehrheit berufen, ihre Meinung über die Unterdrückung der Arbeiterpresse so deutlich kund tun, daß ihnen diese Spähe bald vergehen!

*

Die „Rote Fahne" unter Vorzensur

(Eigene Drahtmeldungen)

Berlin, 28. August.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag erschien wiederum in der Friedrichstaddruckerei, in der die „Rote Fahne" hergestellt wird, ein starkes Aufgebot von Schupo, die sämtliche Ausgänge besetzten. Die in Zivil erschienenen Kriminalbeamten der Abteilung Ia verlangten die Montagausgabe der „Roten Fahne" zur Durchsicht. Die Aufforderung geschah ohne Vorzeigung eines schriftlichen Befehls. Die Beamten legitimierten sich lediglich durch Vorzeigung ihrer Polizeimarke. Unter Protest wurde ihnen ein Exemplar ausgehändigt. Die Beamten verschwanden und erschienen nach etwa zwei Stunden wieder mit dem Bescheid: „Kann erscheinen!" Durch diese Maßnahme ist die „Rote Fahne" unter Vorzensur gestellt, der jede rechtliche und gesetzliche Grundlage fehlt.

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages hat eine Anfrage eingebracht, in der sie die Regierung auffordert, sofort zu erklären, ob sie bereit ist, diese Maßnahmen gegen die „Rote Fahne" weiterhin zu dulden.

Auch die „Junge Garde" beschlagnahmt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. August.

In der Friedrichstaddruckerei wird auch die „Junge Garde", das Zentralorgan der Kommunistischen Jugend Deutschlands, gedruckt. Am Montagnachmittag 3 Uhr erschien eine Abteilung Polizeibeamter und beschlagnahmte ohne Angabe von Gründen die gesamte Auflage. In dem Verlagsraume der „Jungen Garde" in der Strehlauer Straße wurde ein Transport von 10 000 Exemplaren bei der Ankunft sofort beschlagnahmt.

Vorzensur der Hamburger „Volkszeitung"

Hamburg, 27. August.

Sonnabendmittag erschien in unserer Druckerei ein Sipoaufgebot, geführt von zwei Kriminalbeamten, mit dem Auftrag, den ersten Abdruck unserer Zeitung der Polizeibehörde zu bringen und im übrigen die Verbreitung der heutigen Ausgabe zu verhindern. Den Beamten wurde von uns erklärt, daß wir über die Vorzensur einen schriftlichen Befehl der Polizeibehörde verlangen. Einige Zeit später traf dann der schriftliche Befehl der Polizeibehörde ein. Dieser lautet:

„Kriminalkommissar Zusall erhält den Auftrag, von der Redaktion der „Volkszeitung" einen Abzug der heutigen Ausgabe einzufordern und im Stadthause zur Durchsicht vorzulegen. Die Verbreitung der heutigen Ausgabe ist durch Heranziehung der erforderlichen Beamten bis auf weitere Verfügung zu verhindern."

Nach etwa einer Stunde erklärte die Polizeibehörde, daß der Druck vor sich gehen kann, sie jedoch ein **Strafverfahren gegen die „Hamburger Volkszeitung"** einleiten müsse, wenn in dem Aufruf an die arbeitende Jugend Deutschlands der Satz im dritten Absatz, in dem von den Hunderten von toten und verwundeten Proletariern in verschiedenen Teilen Deutschlands die Rede ist, stehen bleibt.

*

Die Hamburger Polizei wird von dem Sozialdemokraten Hense geleitet.

Der 9. Internationale Jugendtag in Krefeld verboten!

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 27. August.

Der belgische Kreisdelegierte von Krefeld hat die Abhaltung des 9. Internationalen Jugendtages in Krefeld verboten. Das Verbot zeigt den unauslöschbaren Haß, den die militaristischen Machthaber gegen die Kommunistische Jugend hegen.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend hat daraufhin Solingen und Elberfeld als Demonstrationsort bestimmt.

Eine kommunistische Versammlung verboten

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 28. August.

Die öffentliche Veranmslung der Kommunistischen Partei wurde auf Befehl der Besatzungskommandantur von der deutschen Polizei verboten.

Mildes Urteil im Femeprozeß

WTB. München, 27. August.

Das Volksgericht verurteilte im Prozeß wegen des politischen Mordes am Studenten Faur den Hochschulstudierenden August Zwenguer wegen Verbrechens des Mordes zum Tode, den Kaufmann Joh. Berger wegen Begünstigung zu ½ Jahr Gefängnis, den Hilfsarbeiter Ernst Berger sowie den Schriftsteller und Privatgelehrten Dr. Arnold Ruge sprach das Gericht von der Anklage der Begünstigung frei. Dagegen wurde Dr. Ruge wegen Aufforderung zum Morde zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Ernst Berger wurde auf freien Fuß gesetzt.

*

Das Urteil gegen Berger und Ruge ist ein neuer Skandal der bayrischen Weißen Justiz. Gegen Berger hatte selbst der Staatsanwalt der faszistischen Regierung die Todesstrafe beantragt. Ruge war der Hauptverführer und Haupttreiber der Mordfeme. Er, der intellektuelle Urheber, kommt mit einem Jahr Gefängnis davon!

Lohnabbauoffensive Metallindustrieller

(WTB.) Cassel, 27. August.

Der Verband der Metallindustriellen Cassels und der benachbarten Industriebezirke gibt bekannt, daß sich die Betriebe der Casseler Metallindustriellen gezwungen sehen, zur Abwehr unberechtigter Lohnforderungen allen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 15. September zu kündigen. Heute nachmittag fanden unter Vorsitz des Regierungspräsidenten Einigungsverhandlungen mit noch unbekanntem Ergebnis statt.

10 Uhr vorm.: Dollar 6 400 000 Mk.

Und das soll das Heilmittel sein!

Die Notverordnung Hilferdings

Die mit soviel Tamtam angekündigte Notverordnung ist da: der Lärm hat wahrlich mehr versprochen, als in diesen 15 Paragraphen gehalten wird. Die „brutalen" Maßnahmen Hilferdings kennt man jetzt also. Sie fallen noch zahmer aus, als es von vornherein klar war.

Die Notverordnung soll die leeren Schränke der Reichskassenverwaltung mit Devisen füllen. Sehen wir uns genauer an, mit welchem Zaubermittel der Finanzhexenkünstler Hilferding diese Aufgabe erfüllen will.

§ 1 der Verordnung besagt, daß diejenigen Personen und Gesellschaften, welche nach dem Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung zur Abgabe verpflichtet sind, für je 10 000 Mark 2 Mark in Gold zu entrichten haben, während alle übrigen natürlichen und juristischen Personen, Vereinigungen und Vermögensmassen 1 Mark Gold abzuführen haben, und zwar beide in Devisen. Das ist zunächst einfach eine Vorschrift. Aber schon im ersten Paragraphen wird die Vorschrift, die ungefähr dieselben Verpflichtungen enthält wie das sogenannte Zwangsanleihegesetz (dessen Ertrag eine Fiasko war), dadurch durchbrochen, daß vorhandene Schulden in ausländischer Währung abgezogen werden sollen und daß eine Ablieferungspflicht nicht besteht, wenn der abzuliefernde Beitrag 10 Mark in Gold nicht übersteigt.

Jeder Mensch wird sich sofort fragen: wer beurteilt, ob die aufgezählten natürlichen und juristischen Personen, Vereinigungen und Vermögensmassen ablieferungspflichtig sind? Welche Mittel gibt es, um festzustellen, ob die Genannten Devisen besitzen? Was geschieht mit denjenigen Personen, Gesellschaften usw., welche tatsächlich oder angeblich keine Devisen besitzen?

Auf die letzte Frage gibt der § 2 nackt und nüchtern die Antwort: Mit ihnen geschieht nichts, es „bleibt eine Regelung über Art und Umfang ihrer Heranziehung vorbehalten".

Auf die erste Frage antwortet die ganze Notverordnung überhaupt nicht, und kann sie natürlich nicht antworten, solange das sogenannte Geschäfts- und Bankgeheimnis aufrechterhalten bleibt, d. h. solange die Angestellten und Arbeiter durch ihre Räte nicht die Transaktionen der Gesellschaften, Banken, Einzelpersonen kontrollieren, solange beurteilt lediglich der Devisenbesitzer selbst, ob er zu denen gehört, die ablieferungspflichtig sind oder nicht. Da in der heutigen Zeit die Devisenbesitzer sich durch einige Skrupellosigkeit auszeichnen, so wird der jüdisch gestimmte Zeitgenosse — das sind 99 Prozent aller in Deutschland Lebenden — von vornherein wissen, daß die Verordnung für die Katz ist. Die zweite Frage, welche Mittel es gibt, um festzustellen, ob eine Person oder eine Gesellschaft Devisen besitzt, stellen die §§ 8 bis 12 beantworten. Diese Paragraphen stellen, mit Verlaub zu sagen, die Hilferdingschen „Brutalitäten" in Aussicht. Sehen wir uns an, wie Hilferding und seine Regierungskollegen ihre „diktatorischen Maßnahmen" durchzuführen gedenken.

§ 8 erklärt: Jeglicher, der weniger als zwei oder eine Goldmark für je 10 000 Mark des ersten Teilbetrages der Brotversorgungsabgabe abliefert, ohne hierzu befugt zu sein, muß eine Erklärung abgeben, kann vorgeladen werden, um diese Erklärung zu ergänzen, und, man höre und staune, seine Erklärung kann sogar durch eine Prüfung der Bücher und Betriebe untersucht werden. Die Erklärung wird mit Eidesstatt abgegeben. Wir wissen im voraus, daß dabei allerlei kalte Eide geleistet werden. Bis die Prüfung durch amtliche Bureaukraten erfolgt ist, können, eben weil die Angestellten und Arbeiter durch ihre Räte das Gebaren des Betreffenden nicht kontrolliert haben, alle Bücher glänzend umgefälscht sein. Der § 8 ist also eine leere und dazu noch lächerliche Drohung.

§ 9 droht weiter: Wer die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt oder, vorgeladen, nicht erscheint oder die Auskunft verweigert, kann Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 2 Goldmark für je 10 000 Mark des abzuliefernden Betrages erhalten. Wenn das nicht hilft!

§ 10 kommt ganz grob: Nachdem § 9 alle möglichen kautschukartigen Ausflüchte geradezu in die Welt gezaubert hat, wird § 10 gedroht, daß mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und mit Geldstrafe bestraft wird, wer „vorsätzlich" (was ist das, wenn § 8 die Hintertür offen läßt?) die Erklärung verweigert oder nicht rechtzeitig abgibt, vorgeladen nicht erscheint, die Auskunft verweigert, die Prüfung von Büchern oder Betrieben nicht gestattet oder behindert oder schließlich den Vorschriften des völlig verschwommenen § 4 zuwiderhandelt, in dem einfach eine Aufzählung der sozusagen guten Devisen und der weniger guten Devisen enthalten ist und in dem einige vollkommen sinnlose Redensarten über die „freiwillige Hingabe von Zahlungsmitteln in ausländischer Währung an das Reich" gemacht werden, die bedeuten, daß man einer Reihe von großen Haifischen die Ablieferung ersparen will. Trotzdem sogar Zuchthaus für besonders schwere Fälle angedroht ist, ist es klar, daß der § 10 ebenfalls für die Katz ist, erstens weil der Kautschukparagraph 9 besteht, und zweitens, weil die Strafen nur in einem ordnungsgemäßen gerichtlichen Verfahren ausgesprochen werden können, welches sicher länger dauern wird als die Regierung Stresemann und ihre Finanzverordnung.

§ 11 kommt ganz grob: Wer die Erklärungen, die in § 8 gefordert werden, wissentlich unrichtig oder unvollständig macht, kann (!) mit Zuchthaus, kann aber auch, „bei mildernden Umständen", mit Gefängnis bestraft werden. Wenn er „fahrlässig" gehandelt hat, so bekommt er Gefängnis. Ein Höllengelächter muß die Antwort auf diesen Paragraphen sein: ganz abgesehen von der Länge des gerichtlichen Verfahrens — es sind die Strafkammern zuständig — weiß man doch, daß eine Krähe der anderen die Augen aushackt, und daß die reaktionären Richter die Geldgeber ihres Staates und die Stützen der öffentlichen „Ordnung" schon so anfassen werden, daß ihnen nichts passiert.

§ 12 aber zeigt Hilferding in seiner ganzen Größe: Den Schiebern gegenüber „kann" (!) neben der Strafe auch auf Vermögenskonfiskation oder vielmehr auf „Einziehung der verschwiegenen Vermögensgegenstände" erkannt werden. Es „kann" — es wird aber nicht. Denn solche Strafen spricht kein bureaukratisches reaktio-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230828-12/fragment/page=0001

nares Klassengericht aus, solche Strafen führt nur das revolutionäre Klassengericht des Proletariats durch.

§ 13 aber löst die Wirkung der Schreckschüsse: Wenn einer Devisen geschoben hat, was bekanntlich in Deutschland verboten ist, aber sie ablieferte, wenn auch nicht rechtzeitig, wenn einer bei Erbschaftssteuererklärungen den Staat beschummelt hat, aber abliefert (wobei natürlich kein Mensch nachprüfen wird, wieviel und warum er abliefert), dann passiert ihm nichts — er zieht ungeschoren seines tugendhaften Pfades und wisse, daß er den Staat glänzend betrügen kann, wenn er weiterhin schiebt und ihn beschummelt, und, um den Verdacht abzulenken, ab und zu einen gewissen Betrag „freiwillig hingibt" — gegen gute Zinsen. Denn es handelt sich natürlich bei den Hilferdingschen „brutalen" Maßnahmen nicht etwa um Vermögensabgabe, sondern um Darlehen an den bankrotten Staat, wie § 7 ausführt. Der „freiwillig" Ablieferende erhält nämlich für die von ihm abgelieferten Werte Stücke der wertbeständigen Reichsanleihe, die also ihm seine „Hingabe" einfach in ein angeblich ebensoviel weries anderes Stück wertbeständiges Geld übersetzt. Dabei wird nach § 6 der Dollar mit 4,20 Mark Gold umgerechnet. Wenn aber der Herr Haifisch es vollzieht, sich nicht die (wie er doch voraus weiß, infolge des bevorstehenden Bankrotts sehr bald nur noch zum Tapezieren zu gebrauchenden) deutschen Anleihescheine aushändigen zu lassen, so kann er seinen Betrag sich auf ein wertbeständiges Steuerkonto buchen lassen, das zur Tilgung seiner Steuern und Abgaben benutzt wird, und zwar verbucht man ihm für je 100 Mark Einzahlung 125 Mark, so daß er — wenn es dem Reiche ernst ist mit der wertbeständigen Steuer — ein Geschenk von 25 Prozent für seine Tugend erhält, für die Tugend nämlich, daß er überhaupt keine Steuern zahlt. Das heißt auch „brutale Steuermaßnahmen". Schließlich aber kann er sich auch noch den Betrag einfach auf ein wertbeständiges Konto buchen lassen und dann ist der Staat, der ihn nach Hilferdings Redereien „brutal" anfassen sollte, sein Schuldner geworden.

So ist die ganze Notverordnung ein elendes Gemisch von Lächerlichkeit, Quacksalberei, Hilflosigkeit, Heuchelei und Liebedienerei den Großkapitalisten gegenüber. Keine einzige ihrer Maßnahmen kann auch nur im entferntesten den Verfall der deutschen Währung aufhalten, die Krise des deutschen Kapitalismus lindern oder auch nur das Tempo des Abrutschens ins — kapitalistisch gesehen — Nichts wesentlich aufhalten.

Der Kommunistischen Partei aber erwächst die Pflicht, an Hand dieses Schulbeispiels sozialdemokratischer Lakaiendienste für das Großkapital dem Proletariat und allen Ausgebeuteten zu zeigen, welche Mittel allein helfen können: rücksichtslose Konfiskation von Sachwerten, Devisen, Großgrundbesitz, großen Lebensmittellagern, Aufhebung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses, Kontrolle der Produktion, des Handels und der Verteilung durch die Räte der Arbeiter und Angestellten, Zentralisation und Nationalisierung des Bankwesens, Außenhandelsmonopol; Kontrolle der gesamten Produktion und Verteilung durch staatliche Organe einer revolutionären Regierung der werktätigen Massen, die mit wirklich diktatorischen Maßnahmen, gestützt auf Klassenorgane, die allein diese diktatorischen Maßnahmen durchführen können, eine neue Ordnung in Deutschland aufbaut, die freilich mit der alten verfaulten kapitalistischen so wenig gemeinsam hat, wie Feuer mit Wasser.

Der Ueberfall auf die Redaktion der „Roten Fahne"

Berlin, 27. August.

Der neueste Ueberfall auf die „Rote Fahne" fand diesmal unter den größten „Sicherungen" und Vorsichtsmaßregeln seitens der politischen Polizei des Sozialdemokraten Richter statt. Kurz vor 12 Uhr in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag erschien im Gebäude der Friedrichstadt-Druckerei zuerst eine „harmlose" Schupopatrouille, die das Gelände rekognoszieren mußte. Darauf wurde die mobilisierte Polizeiwache des Bezirksamts Kreuzberg eingesetzt. Alle Ein- und Ausgänge der „Roten Fahne" waren sofort abgesperrt. Auch das technische Personal durfte „auf Befehl" nicht passieren. Die Herren von der Abteilung 1a unter Leitung des besonders auch bei den einheimischen WSPD.-Arbeitern berüchtigten Polizeirates Hennig hielten sich im Hintergrund. Erst nachdem ein Schupowachtmeister die erfolgte Besetzung vorschriftsmäßig gemeldet hatte, wagte sich die politische Leitung des Ueberfalles in das Redaktionsgebäude. Wir zweifeln nicht daran, daß es keinen Arbeiter in Berlin gibt, dem nicht die Art der sodann erfolgten Beschlagnahme der „Roten Fahne" die Wut der Empörung ins Gesicht getrieben hätte. Die frisch von der Rotationsmaschine kommende „Rote Fahne" wurde nur zum Schein auf ihren Inhalt geprüft. Als erster erklärte die rechte Hand des Sozialdemokraten Richter, Hennig, das Blatt der Berliner Arbeiter für beschlagnahmt. Irgendwelche Angabe von Gründen wurde kategorisch den Redakteuren der „Roten Fahne" verweigert. Das Beschlagnahmekommando der Regierung Sollmann-Hilferding-Stresemann setzte sich alsdann nach dem Rotationssaal in Bewegung. Schupo und Kriminalbeamte mußten unter Protest der Belegschaft und der Redaktion die fertigen Platten zerstören und die Matern zerreißen. Im Umbruchraum wurde der Satz der Zeitung durcheinandergeschüttelt und zerstückelt.

Nach der Durchsuchung der Räume des Maschinensaals, wobei 5000 fertige Zeitungen beschlagnahmt und abtransportiert wurden, entfernte sich der „politische Stab". Das Redaktionsgebäude blieb bis Sonntag mittag 12 Uhr von Schupo besetzt.

*

Das hallische „Volksblättchen" stellt sich sehr dumm zu der Vergewaltigung der Pressefreiheit durch ihre polizeilichen Oberbonzen in der Regierung. Es schreibt, der Beschlagnahme liege ein „Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik" zugrunde. In Wirklichkeit habe die Reichsregierung mit der Beschlagnahme „nicht das Geringste" zu tun. Die sozialdemokratischen Strebenden fühlen wohl selbst, wie ungeheuerlich der Schlag ist, den ihr Sollmann der von ihnen gepriesenen „freiesten aller Demokratien" versetzt. Deshalb lügen sie schnell wacker, die Reichsregierung hat nichts damit zu tun. Aber wer ist denn Reichspolizeiminister? Wer ist denn der oberste Chef der Schupo in Preußen? Und ist es schließlich nicht der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter, der den Feldzug gegen die „Rote Fahne" durchführt? Es ist schon so: Es sind die hervorragendsten Vertreter der Sozialdemokratie, die Sollmann, Hilferding, Robert Schmidt, Radbruch und der unvermeidliche Severing, die die „heiligsten" Grundsätze der Demokratie und ihrer eigenen Partei mit Füßen trampeln.

Ein Ultimatum der Notendrucker

Berlin, 28. August.

Die Angestellten der Reichsbank haben sich bei den Abstimmungen **mit einer Mehrheit von 90 Prozent für den Streik erklärt,** wenn die Direktion ihren bisherigen Standpunkt gegen die Entlassung des Betriebsrates Großmann nicht ändern sollte. **Auch die Reichsbank-Nebenstellen in Nord- und Mitteldeutschland haben sich in ihrer Mehrheit für den Streik erklärt.**

Die Betriebsräte des graphischen Gewerbes nahmen am Sonnabend gleichfalls Stellung zur Maßregelung des Betriebsratsobmannes der Reichsbank, Großmann, der wegen der bekannten Vorgänge beim Streik der Buchdrucker entlassen wurde. Das Ergebnis der kurzen Versammlung ist die Annahme einer Resolution, die von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und den Parteien fordert, sich dafür einzusetzen, **daß die Maßregelung innerhalb drei Tagen zurückgenommen wird.** Darüber hinaus verpflichten sich die Betriebsräte zur tätigsten **Propaganda für Stillegung der Notenpresse** für den Fall der Nichtwiedereinstellung Großmanns im Reichsbankbetrieb.

*

Es ist wirklich an der Zeit, ein Ultimatum zu stellen, damit der Havenstein-Standal endlich ein Ende nimmt. Die Sozialdemokraten, die als Partei zu feige sind, ihren ultimativen Forderungen die Tat folgen zu lassen, nämlich die Einberufung des Reichstages zu erzwingen, überbieten sich jetzt in ihrem Zentralorgan, dem „Vorwärts", in dem Verlangen nach dem Generalstreik der Notendruckereien der Reichsbank. Obwohl wir überzeugt sind, daß dieses Geschrei in der Tat nur ihre Feigheit verdecken soll (denn die Stillegung der Notendruckereien bedeutet eine schwere Erschütterung ihrer Koalitionsregierung), muß mit aller Kraft dieser Streik zwecks Rückwahme der Maßregelung vorbereitet werden.

Gegen die Rüstungen der Faszisten

(Eig. Drahtm.) **Dresden, 28. August.**

Da die faszistischen Organisationen, allen voran der Stahlhelmbund, für den 2. September fieberhaft rüsten, hat die Kommunistische Partei einen Aufruf erlassen, der die Arbeiterschaft auffordert, sich für den 2. September vorzusehen und die proletarischen Hundertschaften bereitzustellen, um sich vor einem etwaigen Ueberfall der Faszisten zu schützen.

Hitler verbündet sich mit den österreichischen Faszisten gegen die deutschen Arbeiter

(Eigene Drahtmeldungen.)

Wien, 27. August.

Der Wiener „Abend" bringt Mitteilungen über ein Abkommen zwischen Hitler und den österreichischen Nationalsozialisten über eine österreichische Waffenhilfe im deutschen Bürgerkrieg. Dieser Pakt wurde in Salzburg zwischen dem Führer der österreichischen Nationalsozialisten Dr. Walter Riehl und Hitler abgeschlossen.

Die bayrischen Nationalsozialisten beabsichtigen, zu einem ihnen günstig erscheinenden Zeitpunkt in München die Macht zu ergreifen und einen bewaffneten Vorstoß gegen Norden zu unternehmen. In Salzburg ist nun vereinbart worden, daß auf ein Zeichen von München aus die österreichischen Nationalsozialisten 10 000 Bewaffnete nach Bayern schicken sollen.

*

Hier weitere Tatsachen. Am 9. September soll in Gotha ein „Deutscher Tag" stattfinden, zu dem 10 000 bis 20 000 Mann Hitlerbanden aus Bayern kommen sollen.

Gotha ist eines der Zentren der Thüringer Arbeiterschaft. Die bayrischen Faszisten wollen sich so das Aufmarschgebiet gegen Norddeutschland sichern.

Ebenso kommen aus Sachsen Nachrichten über faszistische Rüstungen. Dort ist besonders der „Stahlhelm" tätig, der 9000 Mitglieder umfassen soll. Sämtliche Ortsgruppen des „Stahlhelms" sind in Alarmbereitschaft gestellt worden.

Das geschieht in Sachsen und Thüringen unter sozialdemokratischen Regierungen.

Die Arbeiter müssen sich bereithalten, um den Faszisten mit aller Macht entgegenzutreten. Am 2. September müssen die faszistischen Kundgebungen von der Arbeiterschaft beantwortet werden.

Lohnverhandlungen im Bergbau

Berlin, 27. August.

Die Vertreter der Arbeitgeber und -nehmer des Kohlenbergbaues traten am 23. August zu Lohnverhandlungen zusammen. Unter Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums kam eine Vereinbarung über die Lohnregelung in allen Kohlenbergbaubezirken zustande. Der Durchschnittslariflohn, einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes, sind in den beiden Lohnwochen vom 13. bis 20. August und vom 20. bis 27. August für den Ruhrbergbau auf 4 153 374 Mark bzw. 6 333 895 Mark, für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau auf 3 327 661 bzw. 5 074 684 und für die **Kernreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues auf 3 015 212 bzw. 4 598 198 Mark festgesetzt worden.**

850000 Mark Spitzenlohn der Straßenbahner

(WTB.) **Essen, 27. August.**

Die heutigen Lohnverhandlungen des Arbeitgeberverbandes der Straßenbahnen mit den Gewerkschaften hatten das Ergebnis, daß der Spitzenlohn von 600 000 Mark pro Stunde für die zurückliegende Woche vom 19. bis 25. August zurückliegend auf 750 000 Mark erhöht wurde. Gleichzeitig wurde für die laufende Woche vom 26. August bis 1. September der Spitzenlohn auf 850 000 Mark erhöht. Das Hausstandsgeld beträgt für die laufende Woche 300 000 Mark, das Kindergeld 250 000 Mark pro Schicht.

Einheitsfront gegen die Grubenbarone!

(Eig. Drahtm.) **Essen, 28. August.**

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter verlangt die sofortige Bildung der Einheitsfront gegen die Grubenbarone. Die Große industriellen sabotieren die Produktion, indem sie die Arbeiter reihenweise aussperren. Sie scheuen nicht davor zurück, die Schächte ersaufen zu lassen und französische Waffenhilfe in Anspruch zu nehmen. Auf der Zeche „Ludwig" versuchten Arbeiter, die Kokereien nicht stillegen zu lassen. Der französische Kommandant beauftragte daraufhin die deutsche Polizei, die Arbeiter aus der Zeche herauszutreiben. Die Betriebsleitungen auf den Zechen haben wahrscheinlich nach einem Geheimabkommen mit französischen Kapitalisten die Zechen verlassen. Fast sämtliche Ingenieure und Maschinenbeamten sind in Urlaub gefahren. Damit wird es den Arbeitern unmöglich gemacht, die Maschinen zu schützen. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter fordert die Betriebsräte und Gewerkschaften auf, sofort zu einem gemeinsamen Aussprache zusammenzukommen, um die Angriffe der Unternehmer einheitlich abzuwehren.

Der Kontrollausschuß beschlagnahmt 20 Zentner Zucker

In Hamburg gelang es dem Kontrollausschuß in Verbindung mit Arbeitern unter Hinzuziehung der Polizei, bei einem Kolonialwarenhändler in der Meßhesselstraße 45, 20 Zentner Zucker zu beschlagnahmen. Der Zucker wurde zurückgehalten, um verschoben zu werden.

Die Kontrollausschüsse in allen Städten müssen ihr Augenmerk nicht nur auf vorhandene Lebensmittelvorräte lenken, sondern auch die Zufuhren von Lebensmitteln überwachen und ihre Verteilung kontrollieren.

Die soziale Stellung des Mittelstandes

I

Die Bureaukratisierung des gesellschaftlichen Lebens

In Deutschland sind wir gegenwärtig noch immer Augenzeugen kolossaler Kombinationsprozesse in sämtlichen Zweigen des industriellen und kommerziellen Lebens. Sie werden zunächst eingeleitet von Konzentrationsvorgängen auf dem Wertpapiermarkte: ein Kapitalmagnat der Schwerindustrie sichert sich durch Aufkäufe von Wertpapierpaketen in scheinbar willkürlicher Regellosigkeit maßgebenden Einfluß auf Bergwerke, Fabriken, Reedereien, Zeitungen usw. Aber zwischen solchen „kapitalistischen" Konzentrationen und den modernen technisch-ökonomischen Organisationstendenzen besteht und bildet sich ein innerer bindender Zusammenhang. Früher getrennte Produktionseinheiten, die vorher durch eine Form der Konkurrenz miteinander in Beziehung traten, werden zu neuen erweiterten Gebilden vereinigt, neue Gefäße betriebsorganisatorischer Zusammenziehung bauen sich auf Riesige Trusts entstehen, die nach einem einheitlichen, wohl überdachten Plan verwaltet werden. Während die gesamte kapitalistische Welt kein nach einem bestimmten Plan bewußt geleitetes System darstellt, in diesem Sinne „irrational" ist, wachsen in sie immer größere Einheiten hinein, die Trusts, in denen die Konkurrenz ausgeschaltet ist, die bereits nach einem straff zentralisierten Plan tätig sind, die zu „rationalen" Organisationen geworden sind. Im Gegensatz zum Handwerk, wo die Fortführung jedes Betriebes in der überlieferten Weise an die Person des Handwerkers gebunden ist, hat die moderne Industrie durch die gesteigerte Einführung wissenschaftlicher Gesichtspunkte in die Verwaltung und Bewältigung des Produktionsprozesses sich von den natürlichen Schranken der menschlichen Person befreit. Der individuelle Einzelunternehmer, der früher die Eigenschaften des technischen, organisatorischen und kaufmännischen Leiters seines Unternehmens in seiner Person vereinigt hat, ist heute zurückgetreten und hat all diese für das notwendige Wirtschaften wichtige Funktionen einer besonderen Angestelltenbureaukratie überlassen, die für diese Tätigkeit berufsmäßig ausgebildet wird. Der bureaukratische Apparat hat sich so zu einem automatisch wirkenden Mechanismus entwickelt, in dem jede Person ein zu jeder Zeit auswechselbares Glied geworden ist.

Mit der fortschreitenden Bureaukratisierung der Industrie und des gesamten öffentlichen Lebens ist die bureaukratische Schicht nicht allein zahlenmäßig gewachsen — nach Angaben der Berufsstatistik (nach der letzten Gewerbezählung vom Jahre 1907) ist die Zahl der Beamten in Industrie und Bergbau von 1882 bis 1907 um 592,4 Prozent, die der Arbeiter nur um 109,8 Prozent gestiegen —, sondern es hat ihre Bedeutung als Trägerin wichtigster Funktionen im ökonomischen Prozeß zugenommen. Die von Fall zu Fall vielleicht berechtigte Kritik an Ausartungen bureaukratischer Verwaltung darf nicht dazu verleiten, zu übersehen, daß das Bureau die zentrale Stelle der Massenverwaltung — im staatlichen und privaten Leben — geworden ist, und daß die Entwickelung der modernen Verwaltung annähernd gleichzeitig ist mit der Entwickelung und Zunahme der bureaukratischen Verwaltung überhaupt. Denn im Gegensatz zum Dilettanten, der sich in der Verwaltung mühselig unter tausend Irrtümern die elementaren Erfahrungen erst sammeln muß, der fortwährend die verschiedenen Zufälligkeiten der Ausführung zu überwinden hat, ist die Stellung des bureaukratischen Fachmenschen in seinem geschulten Wissen fest verankert. Die bureaukratische Form der Verwaltung gewährleistet die sachliche, disziplinierte, exakte und nach allen Erfahrungen auch in der kapitalistischen Wirtschaft die rentabelste, das heißt die billigste Form der Verwaltung. In dieser Form der kollektiven Organisation liegt die Zukunft des sozialistischen Wirtschaftens. Was ihren „privaten" Charakter im Gegensatz zum kollektiven bestimmt, ist heute nicht ihre Organisationsform, sondern die Tatsache, daß einzelne Individuen privilegierte Nutznießer dieses bureaukratischen Verwaltungsapparates sind, die die durch ihn erzielten gewachsenen Profite zu ihrer persönlichen Verfügung überwiesen erhalten.

Die sozialistische Wirtschaft würde der Fachbureaukratie, der staatlichen und der privaten, nur gesteigerte Bedeutung bringen. Die sozialistische Wirtschaft wird erhöhte Kulturbedürfnisse erwecken, die nur ein zu höchster Leistung vervollkommneter bureaukratischer Verwaltungsapparat als die ausübende Kraft des zentralistisch organisierten Wirtschaftsplanes zu übersehen hätte und auf Grund seines sachlichen, d. h. nach berechenbaren Regeln funktionierenden Wirkens in erhöhterem Maße und mit verringerten Kosten befriedigen könnte, als jede andere Form der Verwaltung. Ein sozialistisches Deutschland müßte den eingearbeiteten bureaukratischen Apparat, über den das kapitalistische Deutschland heute verfügt, übernehmen, um den gesamten Staat in ein geordnetes Gesellschaftshandeln überführen zu können. Von dem mehr oder minder glatten Weiterfunktionieren des bureaukratischen Apparates würde die Wirkung der „Zerschlagung" des kapitalistischen Herrschaftsapparates nach der proletarischen Machtübernahme wesentlich abhängen. Es ist klar, daß, je weniger elementar in der Verwaltung sich dieser Prozeß durchsetzen würde, um so geringer sich die Unkosten der Machtübernahme stellen müßten, je rascher und williger der alte bureaukratische Apparat in den Dienst der neuen Gewalt treten würde, um so rascher und reicher sich die Vorteile der neuen Herrschaft zeigen würden. An dem glatten Weiterfunktionieren der bureaukratischen Verwaltung sind aber in gleicher Weise die Hand- und die Kopfarbeiter interessiert.

In einem ähnlichen Maße, in dem in der kapitalistischen Gesellschaft das gesamte öffentliche und private Leben immer unbedingter in den Rahmen einer fachgeschulten Beamtenorganisation eingespannt wurde und die Bedeutung der sozialen Funktion dieser neuen Schicht als Masse wuchs, unentbehrlicher wurde, gestalteten sich die Existenzbedingungen für den einzelnen durchschnittlichen Beamten immer schwieriger. Ihrer materiellen Lage nach und ihrer Stellung nach im sozialen Leben glitt diese Schicht immer mehr in den sozialen Rahmen des Proletariats. In Deutschland beschäftigten sich Lehranstalten in wachsender Zahl mit der fachlichen Ausbildung der Beamten, so daß auf diese Weise bald ein Ueberangebot an Kopfarbeitern entstand. In der Praxis hatte die Arbeitszerlegung bald ähnliche Folgen hervorgerufen wie bei den Handarbeitern. Dem einzelnen Beamten wurde eine beschränkte Teiloperation zugewiesen, die Bureauarbeiten auf spezialistisch abgerichtete und in fortwährender Uebung sich einschulende Funktionäre verteilt. Auf diese Weise wurde der Betrieb von bestimmten Personen unabhängig, jede der einzelnen Personen, wie schon erwähnt, rasch auswechselbar, da dem Unternehmer jederzeit eine ganze Schar von fachmännisch Qualifizierten zur Auswahl stand.

Selbst Ausbeutungsobjekt, steht der Beamte als Ausführungsorgan der leitenden Funktionen im Namen des Unternehmers im Betriebe als Antreiber und Ausbeuter den Arbeitern gegenüber. Diese Rolle erwies sich seit jeher als der hemmende Faktor, der das Gefühl der Solidarität mit dem Arbeiter als ausgebeutete Existenz im Beamten schon im Betriebe erdrückte und sich auch auf das soziale Leben übertrug. In dieser Richtung wirkt weiter die soziale Tradition dieser Schicht, wie sie sich in dem Gefühl eines besonderen „Standesbewußtseins" offenbart und in dem das Streben dieser Kategorie nach einer besonders „feinen" sozialen Schätzung gegenüber der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt. Gewöhnlich am Rande des Existenzminimums stehend, macht der moderne Beamte, oft nur mit einer subalternen Intelligenz ausgerüstet — so ist die Arbeit eines qualifizierten Handarbeiters auch als rein geistige Anstrengung zweifellos höher einzuschätzen als die irgendeines Schreibers, Registrators —, eifersüchtig darauf, den Schein einer höheren sozialen und intellektuellen Existenz zu wahren. Ihr ständiger Hochmut, hinter dem sich die ganze Tragödie eines in der kapitalistischen Gesellschaft vorkommenden intellektuellen Proletariers durchsichtig genug verbirgt, hielt sie seit jeher ab, die Kampfmittel der Arbeiterklasse anzuwenden und die ihrer realen Stellung entsprechende Macht, organisatorisch zusammengefaßt, der ausbeutenden Klasse entgegenzuhalten. Es waren das die Schichten, die sich von dem Kriege von der gleichen Idee des nationalen Imperialismus begeistert packen ließen. Sie sahen nur die fortschrittlichen Zeichen des kapitalistischen Ausdehnungsdrange, der von der immer umfassenderen Bureaukratisierung des gesamten Lebens begleitet war, der öffentlichen und privaten Beamten und ebenso den Angehörigen der freien Berufe neue Beschäftigungsfelder schuf.

Sie sahen nicht, daß die Gewinne, die Schuldzinsen aus den Auslandsbeteiligungen im wesentlichen nur der besitzenden Schicht zuflossen, während durch die Bureaukratisierung, bei der der einzelne Beamte im Durchschnitt auf ein jederzeit kündbares Vertragsverhältnis gesetzt wurde, die Existenzbedingungen des einzelnen Beamten immer fraglicher wurden. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230828-12/fragment/page=0002

Beamtenhetze

Die ganze bürgerliche Presse, vom sozialdemokratischen halbamtlichen „Volksblätte" bis zum „Vorwärts" und die großen und kleinen Stinnesblätter, ergeht sich in einer wüsten Stimmungsmache gegen die Beamten. Und warum? Weil durch ihre Vorausbezahlungen der Gehalts angeblich das schöne Hilferdingprogramm über den Haufen geworfen und der Staat ins Wackeln kommen würde. Selbstverständlich sind es ungesunde Zustände, wenn, wie berichtet wird, Beamte der 12. Klasse vorausbezahlt bekommen. Und wir hätten, wenn sich die vielen Artikel gegen die maßlos hohen Gehälter der obersten Beamten richten würden, nichts einzuwenden, würden es im Gegenteil unterstützen Aber im Interesse der Hunderttausende von unteren und mittleren Beamten wenden wir uns mit aller Schärfe gegen die verallgemeinerte Hetze. Die Vorausbezahlung ist doch seinerzeit nur deshalb eingeführt worden, weil die Gehälter gerade der unteren Schichten so niedrig waren, daß diese bei einer regulären Auszahlung verhungert wären.

Doch die Rede Hilferdings, wie auch die Presseauslassungen zeigen, daß es den Koalitionsparteien **nicht nur um die Beseitigung der Vorausbezahlung, sondern vor allem um die nötige Stimmungsmache in der Bevölkerung zu einer allgemeinen Massenentlassung von Beamten zu tun ist.** Daß dabei auch nur die untersten Beamten in Betracht kämen, während die oberen ihre Pfründen behalten, ist aus früheren Erfahrungen bekannt. Die „DAZ." droht den Beamten mit dem österreichischen Beispiel. Am tollsten ist dabei wieder der „Vorwärts", er schreibt:

„Die Sanierung unserer Finanzen und des Etats wird sowieso nicht möglich sein, ohne daß auch hier „wohlerworbene Rechte" angerührt werden. Ein verarmtes Volk kann sich keine Ueberwucherung der Bureaukratie (lies in diesem Falle Beamtenschaft) leisten, und es wird Zeit, daß alle Parteien sich zusammenschließen, um auch hier radikal durchzugreifen."

Man sieht, die Entente braucht (nach österreichischem Muster) keinen Zimmermann nach Deutschland zu schicken, die VSPD. mit Hilferding an der Spitze, leistet im Interesse des deutschen wie internationalen Kapitals diese Dienste freiwillig. Die kleinen Beamten und die Arbeiter sind die Objekte der „Sanierung" der bankrotten Stinnesrepublik. Doch nur solange, bis sich die Objekte zu Subjekten machen und mit Hilfe der Arbeiter- und Bauern-Regierung die „Sanierung" bei den Kapitalisten beginnen.

Stresemann über die Große Koalition

Am vorjährigen Nürnberger Parteitag der Deutschen Volkspartei sprach Stresemann über die Große Koalition folgendes:

„Die sozialdemokratischen Führer aber, die sich oft so modern vorkommen, könnten allmählich erkennen, daß sie im heutigen Deutschland die reaktionärsten Elemente geworden sind. (Sehr richtig!) Sie holen nach wie vor aus ihrem alten Zettelkasten ihre Agitationsphrasen hervor, obwohl sie innerlich fest davon überzeugt sind, daß ihre Art des Sozialisierens Wahnsinn ist. (Sehr gut!) ... Eins aber betone ich hier mit aller Deutlichkeit: Jeden Anspruch auf Vorherrschaft oder Führung der Sozialdemokratie lehnen wir ab. (Lebhafter Beifall.) Nicht die Sozialdemokratie, sondern das Bürgertum führt in Deutschland. Das gerade ist der Unterschied von der alten Regierungskoalition, in der das Bürgertum Schleppenträger der Sozialdemokraten war. Nicht Scheidemann bestimmt, wie er sagt, ob und unter welchen Bedingungen und zu welchem Zeitpunkt die Sozialdemokratie in die Regierung eintritt, sondern wir bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen, falls die Sozialdemokratie eintreten will, es möglich sein wird, sie in die Regierung aufzunehmen. (Beifall.) Die Zukunft gehört dem nationalen und nicht dem internationalen Gedanken, nicht dem sozialistischen, sondern dem sozialen, nicht dem religionslosen, sondern dem christlichen Gedanken (wiederholter Beifall), nicht der demokratischen, sondern der liberalen Idee. (Erneuter Beifall.) Die Sozialdemokratie hat nur zu entscheiden, ob sie sich in diesen Prozeß eingliedern will; die Zeit des sozialistischen Deutschlands ist vorbei. (Beifall.)"

Heute spricht Stresemann natürlich viel diplomatischer. Seine Politik wird aber beherrscht sein von diesen Nürnberger Grundsätzen. Die VSPD.-Führer sind trotzdem in die „Große" gegangen. Ihnen blieb auch kein anderer Ausweg, da eine Existenz ohne Ministerstühle für sie eben keine ist.

Die deutsche Arbeiterklasse wird Herrn Stresemann samt seiner Großen Koalition beweisen, daß die Zeit des sozialistischen Deutschlands gerade jetzt gekommen ist.

Hilferding einst und heute

Auf dem Parteitag der USPD. in Halle 1920 sagte Hilferding:

„Wir haben alle Illusionen von der Planwirtschaft, alle Illusionen einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Unternehmertum, alle Illusionen der Bündnispolitik zwischen bürgerlichen politischen Parteien und uns immer auf das schärfste bekämpft und zurückgewiesen und haben der Arbeiterklasse gesagt, in dieser Krise gibt es für Euch nur eine Rettung gegen die fortschreitende Verelendung, und das ist der Kampf um den Sozialismus, das ist die Verwirklichung des Sozialismus.

*

Wenn wir revolutionäre Politik machen wollen, dann müssen wir allerdings in Deutschland gegenüber einer Bourgeoisie, die straff organisiert, die gut bewaffnet und die gegenüber dem Proletariat vollständig geschlossen und einig ist — gegenüber einer solchen Bourgeoisie müssen wir eine geschlossene proletarische Front haben.

*

Die Politik der Rechtssozialisten, ihre Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen, diese Politik der Lähmung der Arbeiterklasse zugunsten der Bourgeoisie, dann die ganze Noske-Infamie, das war das stärkste Argument für die Richtigkeit unserer Politik.

*

Wenn unsere Gegner Gewalt anwenden, sei es, daß es bei der revolutionären Bewegung zum inneren Kriege kommt, sei es, daß während der Diktatur konterrevolutionäre Gewaltversuche erfolgen, dann muß das Proletariat diese Gewalt mit allen Mitteln niederschlagen.

*

Wenn wir für die Diktatur des Proletariats sind, so möchte ich sagen, daß gerade die deutschen Verhältnisse es sind, die uns dazu bewegen, der Arbeiterschaft zu sagen, mit den demokratischen Mitteln kommt Ihr nicht aus, und zwar deswegen nicht, weil in Deutschland die Art der historischen Entwicklung eine Periode der Diktatur des Proletariats unumgänglich notwendig macht."

Heute sitzt Hilferding als Minister in einer Regierung mit Vertretern des Schwerkapitals und bemüht sich, so nach Kräften die Arbeiterklasse zugunsten der Bourgeoisie zu lähmen.

Tagung der mitteldeutschen Zeitungsverleger

Am Sonntag fand in der Wartburg bei Eisenach eine außerordentlich starkbesuchte Hauptversammlung der mitteldeutschen Zeitungsverleger statt. Wie WTB. berichtet, war die Parteipresse aller Richtungen von rechts bis einschließlich der Sozialdemokraten vertreten. Als Ergebnis konnte, wie es heißt, nur folgendes als Tatsache festgestellt werden:

„Die Kapitalkraft und die Betriebsmittel der Zeitungsunternehmen reichen nicht dazu aus, um die eingetretenen und bestimmt noch eintretenden Belastungen an 1. Zöhnen, die auf Grund eines Diktats des Reichsarbeitsministeriums und einer anerkannt übermäßigen, ja zum Teil falschen Indexpolitik weit über Goldmark-Friedenslöhne hinausgegangen sind, 2. Papierpreisen, die bei rücksichtslosen Zahlungsbedingungen in Goldmark zu entrichten sind, auch nur die allernächste Zeit hindurch zu tragen."

Zur Lohn- und Preisfrage

Von Fritz Heckert (Berlin)

(Fortsetzung.)

Die tatsächlichen Zustände werden der Arbeitermasse verschleiert. Es gibt in Deutschland keine Statistiken, aus denen der Proletarier den Grad seiner Verelendung ablesen kann. Wir werden in einem späteren Artikel dafür den Beweis liefern. An der Verdunkelung der wirklichen Zustände haben natürlich die Kapitalisten das größte Interesse; sie führen das Proletariat bewußt in die Irre. Aber diese Verwirrung wird weiter mächtig gesteigert durch die Reformisten. Ihre arbeitsgemeinschaftliche Ideologie läßt sie den wahren Sachverhalt nicht sehen oder wenn sie schon die gar zu offen auftretenden Tatsachen nicht übersehen können, so suchen sie nach Erklärungen des Zustandes, die vollständig irreführend sind. So können die Reformisten, weil sie die Tendenz der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung nicht sehen oder sehen wollen, dem Proletariat auch keinen Weg zeigen, der es aus seiner Misere herausführt oder auch nur das Lohnproblem wieder klarmacht.

Um den drohenden Ausbruch gewaltiger Klassenkämpfe mit revolutionärer Konsequenz zu verhindern, haben die Reformisten jetzt die Fiktion von der Möglichkeit der Einführung eines wertbeständigen Lohnes aufgebracht. Der wertbeständige Lohn stellt eine technische Lösung des Lohnproblems ohne Klassenkampf dar: Er soll verhindern, daß die Arbeiterklasse immer tiefer in den Abgrund gleitet. Der wertbeständige Lohn soll die fortschreitende Divergenz von Lohn- und Warenpreisen abdämmen. Die Forderung stellt bestenfalls einen Versuch dar, das jetzige Elend der Arbeiter stabil zu machen. Natürlich glauben viele Gewerkschaftsführer, der wertbeständige Lohn sei nicht nur möglich, sondern könne auch die Basis werden, auf der man wieder wie in Vorkriegszeiten den langsamen Aufstieg der Arbeiterklasse zu besseren Arbeitsbedingungen beginnen könne. Aber was man sich unter dem wertbeständigen Lohn auch vorstellt, man hofft ihn zu erreichen ohne revolutionären Kampf, ohne Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft, ohne Störung der Ruhe und Ordnung des bürgerlichen Staates.

Der wertbeständige Lohn ist nicht einmal ein klarer Begriff, unter dem sich jeder das gleiche vorstellt. Im Gegenteil, jeder kann sich darunter denken, was er will: Zum Beispiel der Goldlohn als wertbeständiger Lohn wurde nicht nur von simplen Arbeitern in der Werkstatt gefordert, die sich darunter einen Friedensminimallohn vorstellen, er wurde auch verlangt vom Vorstand des Berliner Baugewerkbundes. Aber hier nur in einer Höhe von wöchentlich 10 Goldmark, umgerechnet in Papier, oder vom Vorsitzenden der Berliner Betriebsräte, Emil Barth, der sechs Dollar Wochenlohn verlangt, nicht um in Zukunft den Lohn in amerikanischer Währung zu zahlen, sondern weil er einen genauen Umrechnungsfaktor für das Gold in Papiermark braucht und wohl sah, daß die deutsche Reichsbank versucht, das Gold in Deutschland unter seinem Wert zu kaufen. Der DMV. in Brandenburg erklärte, den wertbeständigen Lohn erreicht zu haben, als er einen Vertrag mit dem Unternehmertum abschloß, mit einer Basis von sechs Goldmark in der Woche. Bei ihren Streiks verlangten die Bergarbeiter einen Kohlenpreislohn, die Landarbeiter einen Roggenpreislohn, andere forderten Indexlöhne. Kurz, unzählige Losungen für den wertbeständigen Lohn, bis die offizielle Gewerkschafts- und Regierungsbureaukratie erklärte, der wertbeständige Lohn sei etwas ganz anderes, als in diesen Losungen stehe.

Die Kommunisten fordern den Durchschnittsfriedensreallohn. Der Friedensreallohn ist der Lohn der Vorkriegszeit, ausgedrückt in den Quantitäten und Qualitäten der Waren, die der deutsche Arbeiter für den gesellschaftlichen Durchschnittslohn kaufen konnte. Dieser Friedenslohn war ein sehr niedriger Lohn. Der deutsche Arbeiter stand mit seinem Arbeitseinkommen lange nicht an erster Stelle und der niedrige deutsche Arbeitslohn ermöglichte dem deutschen Kapital, von den in den Jahren 1910 bis 1918 jährlich ungefähr 40 Milliarden betragenden Nationaleinkommen je 12 Milliarden zu akkumulieren. Dieser Friedensreallohn ist also keine unverschämte Forderung. Keine paradiesischen Zustände werden sich für die deutschen Arbeiter nach seiner Einführung ergeben. In ihm ist nicht berücksichtigt eine Entschädigung dafür, was der Arbeiter im Krieg und in der Nachkriegszeit verloren hat, keine Reparation seiner geschädigten Gesundheit und seines Hausstandes. Der Friedensreallohn ist nur ein Minimum, eine vorläufige Etappe des Arbeiterkampfes, kein Endziel.

Aber eins hat diese Forderung des Friedensreallohnes vor allen anderen Forderungen voraus, sie ist nicht verschwommen. Der Friedensreallohn ist etwas Greifbares. Jeder Arbeiter kann nachprüfen, ob es mit ihm seine Richtigkeit hat. Die Summe und die Qualität aller Nahrung, Kleidung, Wohnung, Kultur- und sonstigen Bedürfnisse, die in der Vorkriegszeit vom Lohn gedeckt wurden, lassen sich jederzeit feststellen. Und wenn der Lohn so hoch sein soll, daß dieser Bedarf gedeckt werden kann, seine Umrechnung in Papiermark ist nur ein einfaches Rechenexempel: man addiert einfach die jeweiligen Marktpreise, für die man diese schönen Dinge der Vergangenheit kaufen kann.

Der Friedensreallohn ist also der einzige reelle Messer für den Arbeiter, an dem er feststellen kann, ob und um wieviel er betrogen wird. Gerade aber darum wollen die Kapitalisten und auch die Gewerkschaftsführer nichts von ihm wissen. Mit einem solchen Wertmesser würden sich die reformistischen Erfolge, die praktischen Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft auf ihren wahren Un—wert reduzieren. Der Friedensreallohn als Forderung ist der größte Entlarver der gemeinen Raub- und Betrugspolitik, die an der deutschen Arbeiterklasse seit neun Jahren verübt wird. Sie wird die Geißel werden, mit der die Arbeiter ihre offenen und verkappten Feinde schlagen werden.

Der Friedensreallohn wird auch mit einem Schlage den ganzen niederträchtigen Indexschwindel aufhellen. Heute streiten sich die Professoren, die Gewerkschaftsführer, die Behörden, die Kapitalisten über die Methode der Indexberechnung und jeder hat sein System zur Verschleierung des wahren Zustandes. Für alle ist der Index eine technische Methode zur Vertuschung dessen, was sein soll und nicht ist. Setzt man alle Indexberechnungsarten nebeneinander, die in Deutschland üblich sind, so gibt jede andere Resultate und alle haben nur das eine gemeinsam, sie stehen in einem krassen Widerspruch zu der tatsächlichen Lage. Sogar Kuczinski, der gegenwärtig für die Arbeiter noch die günstigsten Berechnungen aufstellt, hat in seiner Berechnung nicht die gleichen Quantitäten und Qualitäten der Dinge beibehalten, die der Arbeiter in der Vorkriegszeit konsumierte. Ja, er hat sie auch nicht entfernt durch gleichwertige ersetzt.

Die Grundlagen aller Versuche, den Arbeitslohn wieder zu heben, kann und darf nicht ein Mittel sein, das den Gesetzen der Entwicklung der Gesellschaft widerspricht. Der Klassenkampf allein ist der ausschlaggebende Faktor alles gesellschaftlichen Werdens. Er muß wieder in der Arbeiterbewegung den Platz einnehmen, der ihm zugebührt, und nur in seiner rücksichtslosen Anwendung werden wir die Lohnfrage für das Proletariat lösen. Unter dem Gesichtswinkel des Klassenkampfes, der allein dem Proletariat zu seinem Recht helfen kann, wollen wir nach dieser Einleitung in einer Reihe weiterer Artikel alle Seiten des Lohn- und Preisproblems der Gegenwart eingehend beleuchten. (Forts. folgt.)

Poincaré verbietet den Jugendtag

(Eig. Drahtm.) **Essen, 28. August.**

Die Besatzungskommandantur hat den Kommunistischen Jugendtag im Ruhrgebiet verboten. Alle Veranstaltungen, die irgendwie dem Jugendtag ähnlich sind, wurden ebenfalls untersagt.

Die KAP.-Phraseure am Pranger

Uns geht der Brief eines Arbeiters zu, der bisher unter dem Einfluß der KAP.-Leute gestanden hat, dem aber angesichts ihrer verräterischen Haltung im Generalstreik ein Lichtlein über diese sonderbare Sorte „Revolutionäre" aufgegangen ist. U. a. schreibt dieser Arbeiter in seinem Brief:

„Mich hat u. a. ein Flugblatt der KAP., welches in einer Versammlung unter der Arbeiterschaft verbreitet wurde, zum Nachdenken gebracht. Die energische Forderung dieser revolutionären Phrasen ist: Generalstreik ist Unsinn, Arbeiter, Ihr werdet nur verraten von der KPD. Kehrt zurück in die Betriebe und wartet bis zum St. Nimmerleinstag auf die Revolution. Wenn solche Flugzettel während des Kampfes unter die arbeitende Bevölkerung verbreitet werden, so ist es meiner Meinung nach dasselbe, was die Gewerkschaftsbureaukratie getan hat: Cuno ist gestürzt, es wird alles besser werden, wozu Generalstreik, Ihr schädigt Euch nur selbst, also arbeitet. Die KAP. sowie die BO. wirken deshalb genau so konterrevolutionär wie die Gewerkschaften. . . .

Eine Resolution aus Hamburg besagt ungefähr dasselbe, was ich auch über meine bisherige Partei denke. In dieser Resolution ist zu lesen: Man sindet in der Kommunistischen Arbeiterzeitung nur das eine: Den Kampf gegen die KPD., indem sie alles, was von der KPD. unternommen wird, als Theaterquatsch und Unsinn glossiert.

Am Anti-Faszistentag habe ich auch gesehen, welch' einen verderblichen Einfluß die Kommunistische Arbeiterpartei auf die einfachen Arbeiter ausübt. Meine Genossen der KAP. lehnten es ab, sich mit am Anti-Faszistentag zu beteiligen. Sie sagten, solchen Quatsch machen sie als Revolutionäre nicht mit. Sie holten sich lieber im Walde einen Sack Holz oder Kienäpfel, dann hätten sie im Winter etwas zu heizen und brauchten die teueren Kohlen nicht zu bezahlen. Hier sieht man, wohin die Arbeiter durch diese Gesellschaft geführt werden."

Der Genosse, der uns diesen Brief schreibt, hat sich über das Verhalten seiner Partei eingehende Gedanken gemacht, vor allen Dingen hat ihn das Verhalten in der Frage des Faszismus abgestoßen. Nach seiner Auffassung haben die letzten Kämpfe schlagend bewiesen, wie berechtigt der Kampf der Kommunistischen Partei gegen die Gefahr des Faszismus und die Bildung von proletarischen Abwehrformationen ist. Man kann dem Genossen nur beipflichten, wenn er in bezug auf die Presse der Kommunistischen Arbeiterpartei folgendes schreibt:

„Man kann aus ihrer gesamten Presseeinstellung dann zu der Vermutung kommen, daß reaktionäre Kräfte oder Gelder daran arbeiten, die die einfachen Genossen dieser Richtung von jedem Kampf der Arbeiterklasse, natürlich unter revolutionären Phrasen zurückhalten."

Der Genosse schließt seinen Brief mit der Versicherung, daß er nach diesem Verhalten der Kommunistischen Arbeiterpartei nur die Kommunistische Partei als Interessenvertreterin des Proletariats ansieht. Wir haben den Feststellungen nichts hinzuzufügen.

Ein zweifelhaftes Dementi. Gegenüber der Meldung des Daily Mail, wonach der Sohn Stinnes seine Zusammenarbeit mit der Eisenbahnregie angeboten hätte, stellt der Temps fest, daß die französische Regierung weder mit Stinnes noch mit dessen Sohn verhandelt habe. — Wenn Poincarés Dementi hinkt. Er bestreitet nicht mit Stinnes verhandelt zu haben, sondern nur, daß er das mit Stinnes selbst oder dessen Sohn getan habe. Damit gibt er zu, daß die Verhandlungen durch Mittelspersonen, über deren doch Stinnes ein ganzes Heer verfügt, erfolgten. Warum sollte auch Stinnes selbst verhandelt haben, wenn er sich im Hintergrund halten, stets als guter Patriot gelten und im Notfalle alle Schuld auf andere wälzen kann.

Gegen die Produktionssabotage

Angestellte und Arbeiter in einer Front

(Eigene Drahtm.) **Essen, 28. August.**

In einer Versammlung der Angestellten der Stinnes-Zechen nahmen diese eine Entschließung an, die sich gegen die Produktionssabotage der Unternehmer wendet. Die Angestellten erklärten die Forderungen der Arbeiter für gerecht. Sie fordern die Gewerkschaften auf, sich der Bewegung nicht länger fernzuhalten.

Streik der Landarbeiter

(Eig. Drahtm.) **Borna, 28. August.**

In der Amtshauptmannschaft Borna sind die Landarbeiter in den Streik getreten. Die Ursachen sind die Verschleppungen der Lohnverhandlungen durch die Junker.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230828-12/fragment/page=0003

Die Produktionssabotage der Druckereibesitzer geht weiter. Nach einer Meldung aus Stuttgart wurde dort eine Entschließung gefaßt, der zufolge die ungeheure Steigerung der Lasten der Verlagsbuchhandel zwingt, seine Produktion einzustellen. Die Verleger sehen sich außerstande, die Betriebsmittel für die Anforderungen aufzubringen ... Nach dem Erfolg, den die mitteldeutschen Verleger in den Verhandlungen mit dem „Gaukönig" der Buchdrucker erzielt haben, können die Buchdruckereibesitzer im ganzen Reiche ihre Offensive fortsetzen und die Buchdruckergehilfen um den tarifmäßigen Lohn prellen. Die Unternehmer wissen, was sie der Bureaukratie des Buchdruckerverbandes bieten können, um den Lohnabbau durchzudrücken.

„Ritterschaft der deutschen Ehrenlegion." In Plauen wurde eine Versammlung der Organisation „Ritterschaft der deutschen Ehrenlegion" ausgehoben. Diese Vereinigung ist eine Zweigorganisation des verbotenen „Verbandes nationalgesinnter Soldaten". An der Spitze der Vereinigung steht ein Beamtenanwärter des Plauener Landgerichts. Bei der Haussuchung bei den Angehörigen der Organisation wurden mehrere große Lager von Gummiknüppeln gefunden.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Lage im Buchdruckgewerbe

Der entrüstete Gaukönig

Am letzten Donnerstag erhielten wir eine Zuschrift des Gauvorstandes vom Verbande der Deutschen Buchdrucker, die wir in ihrem wesentlichen Teile am gleichen Tage zum Abdruck brachten. Die Notiz betraf die Lohnregelung in Magdeburg und lautete in ihrem entscheidenden zweiten Absatz:

„Für die Lohnwoche vom 18. bis 24. August werden einschl. etwa bereits geleisteter Vorauszahlungen ⅔ des Tariflohnes am Freitag, dem 24. August, gezahlt. Das restliche ⅓ des für diese Woche gültigen Lohnes wird am Dienstag, dem 28. August, zur Auszahlung gebracht. In gleicher Weise soll die Lohnzahlung für die Lohnwoche vom 25. bis 31. August, für die die Löhne zentral noch zu vereinbaren sind, erfolgen, und zwar mit ⅔ des Tariflohnes am 31. August und mit ⅓ des restlichen am 4. September. Die ausgesprochenen Gesamtkündigungen werden zurückgezogen."

Bei unserer Kritik hatten wir darauf verwiesen, daß damit die Unternehmer erreicht haben, was sie wollten, nämlich einen geringeren Lohn auszuzahlen, als den sie zu zahlen von Tarifs wegen verpflichtet sind. Es ist doch klar, daß, wenn nur zwei Drittel des Lohnes am jeweiligen Lohntage ausbezahlt werden, die Unternehmer den Vorteil und die Arbeiter den Schaden haben. Aus diesem Grunde, weil das Abkommen für sie günstig ist, haben die Unternehmer die Kündigungen zurückgenommen. Letztere sind also als Sieger über die schwächlichen Arbeitervertreter aus den Verhandlungen hervorgegangen. Oder hatte die Buchdrucker-Gauleitung im Ernste geglaubt, daß die Unternehmer ihre Buden schließen würden? Wenn man schon den Frieden im Buchdruckgewerbe um jeden Preis haben will, dann braucht man nur auf das einzugehen, was die Unternehmer wollen, so wie es im vorliegenden Falle geschehen ist. Die Unternehmer wollten doch ihre Betriebe schließen, weil sie angeblich den Lohn in seiner jetzigen Höhe nicht mehr zahlen könnten; sie wollten also weniger bezahlen. Und das ist nun der Fall bei der vorstehenden Regelung; die Unternehmer hatten sodann keine Ursache mehr, die Kündigungen aufrechtzuerhalten, um so mehr als es ja doch nur ein Manöver war, um die Arbeitervertreter zum Nachgeben zu zwingen. Und darauf sind diese glänzend hereingefallen.

Nach einem Bericht des „Volksblattes" hat uns der Gauleiter König in der letzten hallischen Buchdruckerversammlung den „fürchterlichen" Vorwurf gemacht, wir hätten den Bericht völlig entstellt und unter Weglassen von Nachsätzen unseren Zwecken dienstbar gemacht. Die Notiz der Gauleitung bestand aus drei Absätzen, von denen wir zwei wörtlich zum Abdruck brachten. Der dritte Absatz war lediglich eine Meinungsäußerung der Gauleitung der Buchdrucker, die abzudrucken wir uns nicht für verpflichtet hielten. Die Meinung der Gauleitung über das Magdeburger Ergebnis ist eben nicht unsere Meinung. Um aber zu zeigen, wie in diesem dritten Absatz die Buchdruckergesellen von ihrer Gauleitung verkohlt werden, bringen wir ihn hier zum Abdruck:

Grundsätzlich kam bei den Verhandlungen zum Ausdruck, daß an eine Reduzierung der von den zentralen Instanzen für das ganze Reich rechtsgültig gefaßten Beschlüsse nicht zu denken sei, und daß es sich lediglich um ein Entgegenkommen hinsichtlich erleichterter Zahlungsweise handeln konnte. Dies kommt in obiger Vereinbarung zum Ausdruck. Der drohende Konflikt in Magdeburg ist damit vermieden. Hoffentlich stellen sich nun auch alle anderen Firmen Mitteldeutschlands, die ihren Personalen gekündigt haben, auf den gleichen Standpunkt, damit unnötige Konflikte vermieden und nicht erst die Gewerbegerichte und Schlichtungsausschüsse überall in Tätigkeit zu treten brauchen.

Mit diesem Absatz soll lediglich der neue Verrat bemäntelt werden. Es ist doch ein Unterschied, wenn der Buchdrucker in der Woche statt 50 nur 35 Millionen als Lohn bekommt. Und daß die anderen Unternehmer dem Magdeburger Beispiel gerne folgen werden, diese Ansicht haben wir schon am Donnerstag geäußert. Der Gaukönig braucht sich also durchaus nicht aufzublähen, die Buchdrucker wissen schon, was sie von seiner Geste zu halten haben. Mit großen Worten wird der neueste Verrat nicht aus der Welt geschafft.

Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes

Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes beruft die 3. Generalversammlung zum 17. September nach Magdeburg ein. Auf der Tagesordnung steht neben der Entgegennahme des Vorstandsberichts die Aussprache über Lohnbewegungen und Tarifverträge, sowie die Beratung der Verbandssatzungen und die Vornahme der Neuwahl des Verbandsvorstandes.

Vom Tage

Hungertod eines Justizrats

Vor einigen Tagen verstarb in Berlin der Justizrat Dr. Kattenbusch, der in früheren Jahren eine gute Praxis bei den Landgerichten und dem Kammergericht besaß. Der hoch in den sechziger Jahren stehende, unverheiratete Mann konnte sich den veränderten Verhältnissen nicht anpassen, so daß sich seine wirtschaftliche Lage von Tag zu Tag verschlechterte. Seine Kleidung war schließlich so abgerissen, daß er sich damit nirgends mehr sehen lassen konnte. Seine Nahrung bestand in der Hauptsache aus trockenem Brot und nur von Zeit zu Zeit holte der Greis sich ein Töpfchen Suppe aus einer Armenküche. So schwand er immer mehr dahin, bis ihn der Tod kürzlich von seinem jammervollen Dasein erlöste. Der Arzt stellte als Todesursache Entkräftung fest, d. h., der Mann war verhungert.

Vor kurzem ging durch die Presse die Meldung von dem Selbstmord eines bekannten Wissenschaftlers, der dem Hungertode auf diese Weise zuvor kam. Hungernde Aerzte gibt es ebenfalls schon in großer Anzahl. So proletarisiert der Kapitalismus diejenigen Schichten, auf die er sich bisher ideell selbst gestützt hat.

Fünf Todesfälle durch Pilzvergiftung. Das Verfahren des Pilzesuchens und des späteren Verzehrens hat in Berlin fünf Todesopfer gefordert. Das Berliner Gesundheitsamt beschäftigt sich jetzt mit den Todesfällen und ihren Ursachen.

Ein Familiendrama spielte sich im Berliner Osten ab. Der Schlosser Kumsch, seine Ehefrau, seine Tochter und der 24jährige Sohn gerieten in einen heftigen Streit. Plötzlich zog Kumsch sein Taschenmesser und stach seine Frau in den rechten Arm. Als er dann auf seinen Sohn losging, feuerte dieser aus einem Revolver drei Schüsse ab, von denen einer den Vater in die linke Brustseite, der zweite in die linke Schulter traf. Der Getroffene wurde als Polizeigefangener nach der Charité geschafft.

Opfer des Watzmann. Im Gebiet des Watzmann wurden die Leichen des Zahnarztes Dr. Ernst Müller aus Barmen und des Kaufmanns Walter Breimtrust aus Düsseldorf gefunden. Ein Tourist namens Metzger aus München wurde an der Watzmann-Ostwand vom Steinschlag getroffen und schwer verletzt.

Speisekarte eines hungernden Millionärs. Ein Genosse sendet uns folgenden Speisezettel, der einem Galgenhumor entspricht, wie ihn nur die hungernden Proletariermillionäre haben können.

Montags kocht man ohne Fett,
Dienstags fleischlos, auch ganz nett,
Mittwochs muß man „alles" essen,
Donnerstags ist's Fleisch vergessen,
Freitags gibt's ein Fischgericht,
Schweinefleisch am Sonnabend nicht,
Sonntags endlich hat man Ruh',
denn — da sind die Läden zu.

Raubmord. Am Montag wurde in Berlin die Besitzerin eines Porzellanladens in der Fürstenberger Straße mit durchschnittener Kehle tot aufgefunden. Es wird angenommen, daß Frau Bock einem Raubmord zum Opfer gefallen ist. Die Behältnisse ihres Zimmers waren durchwühlt und ihr Portemonnaie ohne Inhalt. Um 2 Uhr traf die Mordkommission am Tatort ein.

Eine mysteriöse Epidemie. Aus Paris meldet Wolff: In der Garnison von Versailles ist eine schwere Epidemie (?) ausgebrochen, deren Ursprung man noch nicht kenne. Bis jetzt seien bereits sechs Todesfälle zu beklagen. Die Truppen dürfen die Kasernen nicht verlassen und die Kranken vorsichtshalber auch von ihren Verwandten nicht besucht werden.

K.P.D. Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Untersuchungskommission. Mittwoch, den 29. August, pünktlich abends 7 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.

KA. Mittwoch, den 29. August, abends 6½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: Sitzung. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Kommunistische Maler, Lackierer- und Anstreicher erscheinen am Sonnabend, dem 1. September, abends 8 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung in der Prod.-Gen.

Kommunisten des Leuna-Werks. Freitag, den 31. August, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: Wichtige Besprechung. Parteibuch mitbringen.

Kommunistische Konsum-Vereinsmitglieder der Verkaufsstelle Talamtstraße. Donnerstag, den 30. August, abends 7 Uhr, in der „Goldenen Kette".

Achtung, Kassierer! Der laufende Monat muß sofort abgerechnet werden, a Konto-Zahlungen gelten nicht als Abrechnung.

Distriktsleitungen. Mittwoch, den 29. August, abends 8 Uhr, in der Prod.-Gen.: Wichtige Sitzung.

HBKA. Mittwoch, den 29. August, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Vereins: Sitzung.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Halle-Saalkreis

Lettin. Donnerstag, den 30. August, abends 8 Uhr, im Gasthof „Kemp": Oeffentl. Versammlung. Referent: Gen. Ferd. Menzel, Halle, für die Jugend: Gen. Arthur Müller, Halle.

Morl. Mittwoch, den 29. August, abends 8 Uhr, im Gasthof „Stoye": Mitgliederversl.

Kreis Bitterfelt

Holzweißig. Dienstag, den 28. August, abends 8 Uhr, im Jugendheim: Mitgliederversammlung. Thema: Die Lehren des Generalstreiks. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Kreis Merseburg

Braunsdorf. Mittwoch, den 29. August, abends 8 Uhr, im Gasthof „Bedra": Mitgliederversammlung. Die Genossen sind verpflichtet, alle zu erscheinen.

Schkeuditz. Mittwoch, den 29. August, abends 6 Uhr, im Jugendheim: Sehr wichtige Funktionärsitzung. Alle kommunistischen Betriebsräte haben vollzählig zu erscheinen.

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält. Auch können Schreibwaren aller Art von uns bezogen werden.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 17. August bringen wir zur Kenntnis, daß die Lohnstufen 24 bis 29 und die weiter zugefügten Lohnstufen 30 u. 31, auslaufend mit 3 600 000 Mk. Grundlohn, am 26. August in Kraft treten. Die der Lohnstufeneinteilung weiter zugefügten Stufen 32 bis 39 enden mit 10 Millionen Mark Grundlohn und treten an einem noch bekannt zu machenden Tage in Kraft. Die höheren Barleistungen für die Stufen 24 bis 31 werden vom 16. September an gewährt. — Die beteiligten Herren Arbeitgeber werden direkt benachrichtigt, auch ist näheres aus unserer Bekanntmachung in der nächsten Nummer des Amts- und Verordnungsblattes für den Saalkreis zu ersehen, auf die wir hiermit ausdrücklich hinweisen.

Halle (Saale), den 27. August 1923.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises.
O. Keltsch, Vorsitzender. 3754

Drucksachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Hiermit bestelle ich vom ....: den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands
mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst", die Beilagen: „Kämpfende Jugend", „Die kommunistische Frau" u. „Befreites Land".

Name: ....

Ort: .... Straße: ....

C.-T.-Lichtspiele am Riebeckplatz. [3757
Graf Luckner
in dem reizenden Filmsingspiel:
Mabel u. ihre Freier.

Brunnerts Hofjäger, Lindenstraße.
Mittwoch, den 29. August 1923, abends 7½ Uhr: 3756
Künstlerabend
z. Besten notleidender Künstler.
Die besten Artisten Halles wirken mit.

Ansichtspostkarten empfehlen die Volksbuchhandlungen

Der wahre Wert
eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

Dirin *469

Henkel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und
billiges Waschen

Volks-Feuerbestattungs-Verein Halle und Umgegend.
Laut Beschluß verlieren am 1. Septbr. 1923 sämtliche **Beitragsmarken** ihre Giltigkeit. Marken und Gelder sind bis spätestens 5. Septbr. abzuliefern. Extrabeitrag für September 1923 Mk 200 000.
3753 **Der Vorstand.**

Mein. wert. Geschäftsfreunden zur gefälligen Kenntnisnahme, daß **Herr Max Barth** seit 13. August 1923 nicht mehr in meinem Geschäft tätig ist und bitte meine werte Kundschaft zw. weiterer Geschäftsverbindung und evtl. Anfragen usw. sich direckt an meine Firma zu wenden. *470
A. Willi Friedrich, Wein-, Spirituosen, sämtl. Tabakfabrikate-Großhandlung, Kakao-, Schokolade-, und Zuckerwaren-Agenturen. Behördlich zum Großhandel zugelassen. Halle a. d. S., Gütchenstr. 14. Tel. 2866.

Zeitungsträgerin
für **Roitzsch** für sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen **Rich. Henze,** Weststr. 15.

Zeitungsträgerin
für **Hohenweiden-Benkendorf** zum 1. September gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen **Franke** melden.

Zeitungsträgerin
für **Ramsin** zum 1. Septbr. 1923 gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Gen. **Franz Retzke,** Zscherndorfer Straße 1, melden.

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlung.

Jäh und unerwartet verschied am 27. August, früh 7¼ Uhr, 4 Tage vor ihrem 4. Geburtstage, nach kurzem aber schwerem Krankenlager an Diphtheritis, unser liebes
Lenchen. 3751
Dies zeigen tieftrauernd an
Familie Puppe nebst Kindern,
Pulverweiden 1.

Bitterfeld.
Verein d. Freidenker f. Feuerbestattung.
Mittwoch, den 29. Aug., abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" (kl. Zimmer):
Vierteljahresversammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. *466
Allseitiges Erscheinen erwünscht.
Die Zahlstellenleitung.

Exerzierplatz. Telephon 8515
Straßburgers 3-Masten-Zirkus 3752
mit 2 Manegen.
Täglich 7½ Uhr, Mittwoch auch 3½ Uhr
65 Sensationen. Nachm. Kinder halbe Preise.
Probe, Tierschau Täglich 10-1 Uhr.
Billetts: Steinbrecher & Jasper, am Markt 1. Telephon 6369, Zirkuskassen 10 bis 1 Uhr und 1 Std. vor Beginn

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse **Uhren, Ketten, Ringe** kauft laufend **Metall-Kontor** Alice Abramowitz, Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden.) 238

Weinflaschen Sekt-, Kognak- u. andere Flaschen Papier und Lumpen kauft **Holland,** Zapfenstraße 18, Telephon 4284. 3739

Denkt an die „Rote Hilfe!"

Wer gibt jg. Ehepaar 1—2 leere od teilw. möbl. Zimmer m. Kochgelegenh ab? Off. u. Kl. 3750 an d. Klassenkampf.

Zwei Schirme Sonntag im Bürgerpark liegen geblieb. Geg. gute Bel. abzug. **Königsberg 6 II, l.**

Vereine benötigen **Drucksachen!** Bestellt dies. bei der Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Jed. Mittwoch, ab. 8 U. i. „Volkspark": **Singestunde.**

Frauen- und Mädchen-Chor. Sonnab. 25. Aug. ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel Mitgl. d. Kommun. Arb.-Sänger-Bds. Vereinslokal: „Lüder. Berg", Reilst. Jed. Freitag, abds. 8 U. Singestunde. Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Die Naturfreunde. Heim Weidenpl. 20 (Neben-Eingang). Jeden Freitag, v. 7 bis 10 Uhr (auch f. d. Ferienheim-Genossenschaft): Zahlabend sowie Ausgabe von Karten u. Büchern u. Fahrtbesprechung. Jeden Dienstag, ab 7 Uhr: Zusammenkunft d. Bez.-Gruppen Nord: Wittekindschule, Mitte: Laurentiusstr. 29, Süd Torschule, Zimmer 52. Jed. Mittwoch, ab. 6 Uhr, a. d. Peißnitz Sport u. Leichtathletik. Sonnabend, abends 7 Uhr, im „Volkspark", Zimmer 7: Vierteljahrs-Versammlung. Sonntag, in der Düb. Heide, Eisenhammer: Gruppentreffahrt.

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet Ortsgruppe Halle. Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.). Heute, Dienstag: Funktion.-Sitzung. Freitag: Mitgl.-Versammlung.

Arb.-Samar.-Kol. Halle Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V. Dienstag, 28. Aug., in der Alten Volksschule (Eing. Neue Promenade): Kursus-Anfang.

Prolet. Kultur-Vereinig., Halle. Lokal: „Lüder. Berg". Dienstag, nachm. v. 5-7 Uhr, in „Lüderitz Berg": Kindergruppe. — ½8 Uhr, i. „Lüd. Berg": Uebungsstunden z. 7. September. Mittwoch, ½8 Uhr, in „Lüderitz Berg": Uebungsstunde der Bühne. Donnerstg., ½8 Uhr, in „Lüderitz Berg": Uebungsstunde der Musikabteilung.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsst.: Zinksgartenstraße 15. Bibliothek: Bücherausgabe jed. Montagnachm. 5-6 Uhr. Heute, Dienstag, a b 7 Uhr Funktionärsitzung. Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Alten Volksschule, Zimmer 40 Mitglied.-Versammlg. Anschl. Vortrag d. Gen. W. Ezold, Leipzig, über „Tabak und Kultur". Freitag, ab., ½7 U., Gruppe W.: Zusammenkunft. Erscheinen aller ist Pflicht.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle. Sonntag, d. 2. September: Familien-Ausflug nach Zöberitz b. Halle. Abmarsch: 2 Uhr, v. d. Diemitzer Brücke.

I. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr im Zeichensaale der Alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde.

Arb.-Schwimm-Verein, Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Jeden Dienstag u. Freitag treffen sich die Schwimm-Genossen im Freibade. Mittwoch, 29. Aug., abends 7½ Uhr, in der „Produkt.-Genossenschaft": Vorstands-Sitzung. Sonnabend, 1. Sep., abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossensch.": Mitglied.-Versammlg.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16. Mittwoch, 4 Uhr, in der „Prod.-Gen.": Versammlung für Gruppe Süd. — 5 Uhr, i. Jugendheim, Rathausstr 16: Versammlung für Gruppe Zentrum. — 4 Uhr, i. „Volkspark": Versammlung für Norden. — abends 6 Uhr, in der „Produktiv-Genossensch.": Leiter-Sitzung. Freitag: nachmitt. 4 Uhr: Spielen a. d. Peißnitz f. alle Gruppen

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von 6—8 Uhr. Bibliothek: Mittwoch von 8-9 Uhr. Dienstag, 7 Uhr, im „Volkspark": Treffen (Sprechchor) — Turnen fällt aus. Mittwoch: Oeffentl. Lehrl-Versammlungen. Donnerstag, 6 Uhr, im Heim. Treffen. — 8 Uhr: Gruppenabend

Trotha

Arb.-Bildungs-Verein, Trotha Lokal: Troth. Ballsäle. Dienstag, 8 Uhr: Dramat. Abteilg. Dienstag, 8 Uhr: Jugend-Abteilung. Mittwoch, 8 Uhr: Gesangs-Abteilg. Freitag, 6 U.: Kinder-Mandol.-Abtg. Freitag, 8 U.: Jgd.-Mandol.-Abteilg. Heute, Dienstag, d. 28. Aug., i. Vereinslokale: Vorstandssitzung.

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Kröllwitz Vereinslok. Lindenhof. Uebungsstunden. Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung. Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Jugd.-Mand.-Abt.: Dienstag u. Donnerstag v. 7-9 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230828-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 28. August 1923.

„Arme und Reiche muß es geben!“

Auf dem Fabrikhof

Lohntag. — Auf dem Fabrikhofe versammelt sich zum zweiten Male die Belegschaft. Gramvolle Gesichter — verdrossene Mienen — gewaltsam unterdrückte Empörung. Man wartet auf die Auszahlung des Lohnes. Der Betriebsrat spricht: Zwar hat die Firma bei den letzten Verhandlungen den geforderten Lohn bewilligt, aber zur Auszahlung können nur 25 Prozent gelangen. Es ist kein Geld da — sagt der Unternehmer — und von den Banken keins zu bekommen. An jeden Arbeiter können heute nur vier Millionen Mark ausgezahlt werden. Der Rest, wenn Geld da ist. „Wenn wir nichts mehr dafür kaufen können“, ruft einer. Schreie der Entrüstung werden laut — aber schließlich nimmt jeder 25 Prozent seines sauer verdienten, viel zu niedrigen Lohnes für die Arbeitskraft einer ganzen Woche und schleppt sich nach Hause — hofft — auf die Stabilisierung der Mark, die Hilferding und die Sozialdemokraten versprochen haben. Wie lange wird man den sozialdemokratischen Versprechungen noch Glauben schenken?

Im Klubsessel

Ein luxuriös ausgestatteter Bureauraum. „Nein“, sagt der Fabrikdirektor, sich behaglich eine frische Havanna ansteckend, „ich habe heute nicht den vollen Lohn auszahlen lassen. Nur 25 Prozent. Damit die Kerle nicht gleich verrecken. Aber gerade heute, wo der Dollar gefallen ist und ich unter der Hand zu so günstigen Preisen über tausend Dollars bekommen konnte, werde ich mir doch das Geschäft nicht aus der Nase gehen lassen, nur deshalb, damit ich den ganzen Lohn auszahlen konnte. In den nächsten Tagen, wenn der Dollar wieder gestiegen ist und ich mein Schäfchen im Trockenen habe, werde ich wieder mit etwas barem Geld herausrücken. Denn etwas muß man immer geben, immer etwas, sonst werden die Schweine aufsässig. Aber meine Taktik macht sich bezahlt. Und ich habe auch einen guten Betriebsrat, der sich sehr leicht überzeugen läßt, daß ich alles tue, was ich kann, um den Lohn zur Auszahlung zu bringen.“ Ein höhnisches Gelächter erklingt. Der Fabrikdirektor nickt seinem Sohn zu: „Wir gehen nicht unter, für uns ist gesorgt, mag kommen, was da will!“

Sie hungern

Eine abgehärmte Arbeiterfrau beginnt mit ihrem Einkauf. Sie weiß nicht, was sie zuerst kaufen soll, denn alles, was sie gebraucht, ist lebensnotwendig, wenn sie, ihr Mann und ihre beiden Kinder nicht verhungern wollen. Ihr Mann arbeitet, sie arbeitet und trotzdem reicht es nicht zum Notwendigsten. Vier Millionen Mark hat ihr Mann gebracht. Und im Hause ist nicht ein Krümchen Brot mehr, und keine Brotmarken. Sie kauft: ein Pfund Margarine 900 000 Mk., zwei Brote 800 000 Mk., ein Pfund Schmalz 1 200 000 Mk., ein Viertelpfund Käse noch und etwas Mehl. Erschreckt hält sie inne. Sie hat ja eine Gasrechnung zu bezahlen und man wird ihr das Gas sperren, wenn sie nicht zahlen kann. Und Kohlen hat sie auch nicht. Und ihr kleiner Bub braucht so notwendig ein Paar Strümpfe. Vielleicht? Sie hat gestern in einem Geschäft noch verhältnismäßig billige gesehen. Sie rennt. Aber das Geschäft ist geschlossen, die Fensterläden ausgeräumt, in allen Schaufenstern immer wieder das eine Plakat: „Neue Eingänge in allen Artikeln in den nächsten Tagen!“ Wenn alles teurer ist.

Sie zahlen jeden Preis

Die gnädige Frau am Telephon: „Jawohl, gewiß, ich verlasse mich auf Sie. Vor allem recht viel Butter, gutes Speiseschmalz und Fleisch in Konserven, auch Spargel und andere guten Gemüse. Von Mehl und Zucker habe ich noch verschiedene Säcke stehen, aber Eier, Schinken und Wurst nehme ich noch in beträchtlichen Mengen . . . Aber selbstverständlich, ich verstehe, auf den Preis kommt es mir gar nicht an, denn auch Sie müssen verdienen, wenn der Dollar steigt. Ich bezahle jeden Preis, denn wir wollen eingedeckt sein, wenn es tatsächlich mal zu Unruhen kommen würde, damit uns dann nichts abgeht. Denn das wäre doch unangenehm. Bringen Sie also bitte recht bald und nur beste Qualität, vor allem Sachen, die sich halten, denn wir haben soviel, daß schließlich ein Teil doch verderben wird, recht haltbare Sachen also . . . Jawohl, ich zahle jeden Preis.“

—em.

Neue Post- und Eisenbahntarife

Ab 1. September Einführung wertbeständiger Eisenbahntarife — Ein Brief 75 000 Mark

Am 1. September d. J. ist die Einführung sogenannter **wertbeständiger Personen-, Gepäck- und Expreßgutiarife** in Aussicht gestellt. Die Beförderungsgebühren werden hierbei in Grundpreisen festgelegt, die jeweiligen Erhebungsbeträge werden durch Vervielfältigung mit einer (noch bekanntzugebenden) Schlüsselzahl gewonnen. Die kilometrischen Grundpreise sind festgelegt für 1. Klasse auf 19,8 Pf. (Mindestpreis 1,80 Mark), 2. Klasse auf 9,9 Pf. (0,90 Mark), 3. Klasse auf 3,3 Pf. (0,30 Mark), 4. Klasse 2,2 Pf. (0,20 Mark). Der Grundpreis der Schnellzugszuschlagkarten beträgt für 1., 2. und 3. Klasse in Zone I 3 Mark, 1,50 Mark und 0,50 Mark, in Zone II 6 Mark, 3 Mark und 1 Mark, in Zone III 9 Mark, 4,50 Mark und 1,50 Mark.

Der Preis der Monatskarten wird nach 20 Einzelfahrten, der Schülermonatskarten nach 10, der Wochenkarten nach 5 Einzelfahrten berechnet. Die Gepäckfracht beträgt 0,85 Pf. für 1 Kilometer und 10 Kilogramm, als Mindestgebühr werden 60 Pf. berechnet. Die Expreßgutfracht entspricht wie bisher den um 60 Prozent erhöhten Eilgutsätzen; Mindestfracht und Aufrundung erfolgt wie im Güterverkehr.

Auch alle übrigen im Personen- und Gepäcktarif enthaltenen sonstigen Gebühren werden auf Grundgebühren zurückgeführt, die mit der jeweiligen Schlüsselzahl vervielfacht werden. Die Beförderungspreise für Personen, Gepäck und Expreßgut werden durch Grundpreistafeln und Umrechnungstafeln in Aushangform bekanntgegeben. Die Bettkarten werden zunächst noch nicht nach Grundpreisen berechnet, sondern wie bisher erhoben.

*

Der neue Posttarif.

Am 1. September wird uns wieder ein neuer Posttarif beschert werden, der mit der Inderzahl 750 000 arbeitet. Danach dürfte eine **Fernkarte 30 000 Mark, ein Fernbrief 75 000 Mark, die Ortskarte 15 000 Mark, ein Ortsbrief 37 500 Mark**, eine Auslandskarte 135 000 Mark, ein Auslandsbrief 225 000 Mark kosten. Gewisse Abrundungen werden wohl noch vorgenommen werden.

*

Dieser Tage kamen die neuen Ueberdruckmarken der Reichspost in größeren Massen in den Verkehr. Bisher sind folgende neue Werte geschaffen worden: mit 8000 Mark wurden die alten 30- und 40-Pfennig-Marken mit Ziffern und die 3-, 8- und 10-Mark-Marken mit dem Posthorn überdruckt. Die Marken zu 12, 25 und 40 Mark mit dem Landarbeiter und die Marken zu 200, 300 und 500 Mark in Ziffern tragen den Aufdruck 20 000 Mark. Es werden die letzten Briefmarken sein, die von der deutschen Republik in den Verkehr gegeben werden. Die Inderberechnung, die jede Woche den Druck neuer Marken erfordern würde, hat diesem Wahrzeichen postalischen Wesens den Todesstoß versetzt. Wenn man die alten Markenvorräte aufgebraucht hat, wird man zum System der bargeldlosen Freimachung übergehen, das im Augenblick schon bei den Paketen eingeführt ist.

Militärische Nachtübungen der Faszisten

Am Sonabend, dem 25. August, abends zwischen 8 bis 10 Uhr, unternahm eine Abteilung des Bismarckbundes in der Stärke von 40 Mann in der Richtung Gertraudenfriedhof—Feldscheune militärische Uebungen unter Leitung eines richtigen Offiziers. Bei diesen Uebungen wurden auch die Felder nicht verschont, genau so, wie zu Zeiten des preußischen Militarismus, der bei seinen Manövern ebenfalls alles verwüstete. Die 40 Mann des Bismarckbundes hatten sich für ihre militärische Spielereien ein Erbsenfeld ausgesucht. Der Flurschutz, der bei Proletariern gleich von seinem Schießprügel Gebrauch macht, ließ die Vandalen ruhig gewähren. Schade, daß keine Proleten in der Nähe waren; sie hätten der militärischen Spielerei schnell ein Ende gemacht.

Eine Arbeitslosen-Versammlung

fand gestern vormittag im „Volkspark“ statt. Kollege Gustav Schmidt gab einen kurzen Bericht über den Arbeitsmarkt im Reich und im Bezirk. Er wies darauf hin, daß in den letzten Tagen auch im mitteldeutschen Industriebezirk die Produktionssabotage seitens der Unternehmer eingesetzt habe, so daß dadurch das Arbeitslosenheer von Tag zu Tag immer größer werde. Er begründete am Schluß eine Reihe von Forderungen, die von den Arbeitslosen gemeinsam mit den noch im Betrieb stehenden Arbeitern erzwungen werden müßten.

Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung forderte, um die größte Not der Arbeitslosen zu lindern, Bereitstellung von Lebensmitteln durch die Stadt und Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß einige Betriebe die Arbeiter entlassen und trotzdem Ueberstunden machen lassen.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Kollege Foerster, machte die Anregung, daß ein Erwerbslosenrat, der sich aus den verschiedensten freigewerkschaftlichen Organisationen zusammensetzen soll, gewählt werden möge. Dieser Anregung kam die Versammlung nach. Der Erwerbslosenrat wird nunmehr gemeinsam mit den freigewerkschaftlichen Instanzen versuchen, die Forderungen der Arbeitslosen beim Magistrat zur Durchführung zu bringen. In den nächsten Tagen findet erneut eine Arbeitslosenversammlung statt, in der über die Verhandlungen Bericht erstattet wird.

* **Eine Straßenbahnfahrt 150 000 Mark.** Nachdem verschiedene andere Orte bereits mit Preisfestsetzungen für eine Straßenbahnfahrt in ähnlicher Höhe vorgegangen sind, ist auch bei uns in Halle von dem betreffenden Ausschuß der Fahrpreis „modernisiert“ worden. Danach kostet die Fahrt für zwei Teilstrecken 100 000 Mark, darüber hinaus 150 000 Mk., der Nachtzuschlag beträgt 50 000 Mk. Nebenhergehend sollen verschiedene Einschränkungen und damit verbundene Entlassungen erfolgen.

* **Wer noch „billig“ reisen will,** der beachte nachstehende Notiz, die uns von der Reichsbahndirektion Halle zugegangen ist: Mit Einführung des wertbeständigen Personentarifes am 1. September werden die Fahrpreise erhöht. Die Ueberleitung in der Nacht vom 31. August zum 1. September bedingt, daß am letzten Augusttage der Fahrkartenverkauf eingeschränkt und zum alten Preise auf jeden Fall nachts 12 Uhr beendet wird. Möglichst frühzeitige Lösung liegt deshalb im eigensten Interesse des Reisenden; die Möglichkeit zur früheren Lösung besteht auch, da alle Fahrkarten ab 29. August mit dem 31. August abgestempelt werden und so auch die schon am 29. und 30. August entnommmenen Karten noch bis zum 3. September gelten. Die Höhe der neuen Fahrpreise steht noch nicht fest.

* **Rentenzahlung bei der Post.** Die Zahlung der Militärrenten und der Invaliden- und Unfallrenten für September findet beim Postamt, Große Steinstraße 72, wie folgt statt: Militärrenten am 29. August für die Nummern 1 bis 4000; am 30. August für die Nummern 4001 bis Schluß; am 31. August für die an den Hauptzahltagen nicht erhobenen Renten. Am 1. und 3. September werden Heeresrenten nicht gezahlt. Weitere Zahlung erfolgt vom 4. bis 8. September. Die bis dahin nicht erhobenen Renten werden am 10. September unter Erhebung einer Bestellgebühr in Höhe der gültigen Freigebühr einer Postkarte im Fernverkehr zugestellt. Mit der Rente wird gleichzeitig ein Vorschuß für September gezahlt. Invaliden- und Unfallrenten: am 1. September für die Nummern 1 bis 3800; am 3. September für die Nummern 3801 bis Schluß. Vom 29. August bis einschließlich 6. September werden die Renten in der Zeit von 8 bis 2 Uhr, an den folgenden Tagen von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 6 Uhr gezahlt. Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Krankenrente erhalten zu ihrer Grundrente eine Teuerungszulage von 40 000 Mk., Empfänger einer Waisenrente für jedes Kind zur Grundrente eine Teuerungszulage von 20 000 Mk.

* **Internationaler Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Halle.** Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, dem 29. August, abends 8 Uhr, im Mittelzimmer des „Volkspark“, statt. Auf der Tagesordnung steht der Bericht vom Gautag. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Theater und Konzerte

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß. Heute, Dienstag, den 28. August, findet von dem Arbeiter-Bildungs-Ausschuß das 15. Volkskonzert unter Mitwirkung des freien Sängerchors statt. Es ist wieder ein gut auserwähltes Programm aufgestellt. Programme sind an der Abendkasse zu haben. Infolge der gesteigerten Unkosten muß der Eintrittspreis für Abonnenten auf 60 000 Mark, für Nichtabonnenten auf 80 000 Mark festgesetzt werden.

Aus der Provinz

Tagung des Bezirksausschusses

In der „Produktiv-Genossenschaft“ zu Halle fand am Sonntag eine **erweiterte Bezirksleitungssitzung des Bezirks Halle-Merseburg der KPD.** statt, an der außer den Mitgliedern der Bezirksleitung die Kreisleiter, die Landtagsabgeordneten und Vertreter der Zentrale und der Redaktion teilnahmen. Diese Zusammenkunft hatte den Zweck, eine allgemeine Diskussion über die letzte große Massenbewegung, die in dem befristeten Generalstreik ihren vorläufigen Abschluß fand, im ganzen Bezirk zu eröffnen, um alle Fehler und Mängel, besonders auf organisatorischem Gebiet, zu beseitigen und die Partei so zu gestalten, daß sie die Führung der bevorstehenden Kämpfe jederzeit zu übernehmen in der Lage ist.

Den Bericht über den Verlauf des Generalstreiks im Bezirk gab Genosse Sachse. Er untersuchte die Ursachen der letzten spontanen Massenbewegung, die in einem dreitägigen Generalstreik durch die Betriebsräte, mit Unterstützung der Kommunistischen Partei, zusammengefaßt wurde, und stellte dabei fest, daß zwar der Hunger die Massen in Bewegung gebracht hat, daß aber neben den wirtschaftlichen Forderungen von der Arbeiterschaft in einer ganzen Reihe von großen Betrieben zum ersten Male auch politische Forderungen aufgestellt worden sind. Das sei gegenüber den früheren Kämpfen ein ungeheuerer politischer Fortschritt, da die Arbeiterschaft bereits heute erkannt habe, daß eine Besserung ihrer Lage **nur durch Umstellung der politischen Macht**, durch eine **Arbeiter- und Bauern-Regierung**, möglich sei. Der Einfluß der Kommunistischen Partei, besonders durch die Umorganisierung der Partei (Schaffung der Betriebszellen), sei in diesem Kampfe sehr stark in Erscheinung getreten. In der letzten Zeit sei festzustellen, daß die Arbeiter infolge der vorher gepflegten politischen Aufklärungsarbeit in den Betrieben durch die Betriebszellen auch bereits einen wesentlichen Einfluß auf die gewerkschaftlichen Lohnkämpfe ausüben. Der Verlauf des Generalstreiks habe die Notwendigkeit der Betriebszellen bestätigt. Für die Zukunft müsse noch mehr wie bisher in den Betrieben gearbeitet werden. Die Betriebszelle müsse das Herz werden, von der aus der Pulsschlag jeden Arbeiter treffe. Der Redner stellte dann fest, daß Mitteldeutschland wohl selten so fest und so gut gestanden habe, wie in dem letzten Generalstreik, und daß der Kampf mit dieser kampfesmutigen, entschlossenen Arbeiterschaft hätte weitergeführt werden können. Selbst in Orten und Betrieben, in denen die Kommunistische Partei bis heute nur einen geringen Einfluß gehabt habe, habe sich alles der Bewegung angeschlossen. Die allgemeine Situation aber sei nicht reif genug gewesen, den Kampf weiterzuführen. Die Fortführung des Kampfes in Mitteldeutschland hätte nicht unbedingt auch eine Verschärfung des Kampfes in den anderen Bezirken zur Folge gehabt. Als notwendige Arbeit, die in der nächsten Zeit politisch und organisatorisch geleistet werden muß, um die bevorstehenden Kämpfe siegreich zu Ende zu führen, bezeichnete der Redner außer dem Ausbau der Betriebszellen und der politischen Aufklärungsarbeit für die nächsten politischen Forderungen (Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion durch die Organe der Arbeiterschaft, Auflösung des Reichstags, Kampf gegen jede Koalition und Schaffung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung), auch die Eroberung der Mittelschichten. Zum Schluß stellte der Redner noch fest, daß die Partei und auch die Presse durch die letzte Bewegung einen starken Aufschwung genommen habe. Aufgabe der Partei sei es, die sympathisierenden Klassen nicht nur organisatorisch zu erfassen, sondern auch politisch zu schulen, damit auch jeder einzelne Parteigenosse den historischen Sinn der proletarischen Kämpfe versteht.

Genosse Kant machte hierauf noch einige Ergänzungen auf dem Gebiete der Organisation.

In der Diskussion, die über drei Stunden dauerte, wurde von allen Rednern betont, daß noch nie ein Kampf so geschlossen durchgeführt worden sei, wie der von den freigewerkschaftlichen Betriebsräten beschlossene Generalstreik. Als eine Stärke der Partei wurde bezeichnet, daß der Kampf der Partei fast überall mit derselben Geschlossenheit, wie er begonnen wurde, wieder abgebrochen werden konnte. Genosse Schumann von der Zentrale führte treffend aus, daß dieser Kampf als ein Kampf der gesamten Arbeiterschaft des Reiches um bestimmte politische Forderungen geführt worden sei. Von einzelnen Rednern wurde dargelegt, daß die Widerstände, die beim Abbruch des Streiks in einzelnen Orten bei den Streikenden überwunden werden mußten, auf die mangelhafte Durchorganisierung der Betriebszellen und auf die ungenügende Schulung der Parteimitglieder und Funktionäre zurückzuführen sei. Es wurde gefordert, daß diese Mängel sofort beseitigt werden und evtl. organisatorische Umgruppierungen der Kräfte vorgenommen werden müssen, damit die Partei zu einer disziplinierten, schlagkräftigen Kampftruppe mit einem Willen und einem Ziel werde. Auch die Gewerkschaftsfrage spielte in der Diskussion eine große Rolle. Zwei Diskussionsredner schilderten die ungeheure Erregung der Gewerkschaftsmitglieder über die Sabotage und den Verrat der Verbandsbureaukratie und wiesen auf die Austrittsbewegungen in den einzelnen Orten hin. Besonders stark sind diese Tendenzen im Mansfelder und im Bitterfelder Kreise. Gegenüber diesen Tendenzen war die Konferenz mit Ausnahme von zwei Teilnehmern nur einer Meinung, nämlich: **Daß nach wie vor die Beschlüsse des Parteitages und der 3. Internationale maßgebend und für die Parteimitglieder bindend sind.** Es wurde betont, daß **der Austritt aus den Gewerkschaften** in der jetzigen Situation eine **ungeheure Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse** in den kommenden ungemein schweren Kämpfen bedeuten würde.

Nach dem Schlußwort des Genossen Sachse wurde die an anderer Stelle bereits gestern abgedruckte Entschließung einstimmig angenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der rote Landsonntag“, sprach der Genosse Rau aus Berlin, der besonders auf die Notwendigkeit hinwies, die kleinbäuerlichen Schichten und die Landproletarier zu gewinnen. Zu diesem Zwecke soll am **16. September** ein roter Landsonntag stattfinden. An diesem Tage muß jeder Parteigenosse sich der Partei zur Verfügung stellen, um Mitglieder auf dem Lande zu gewinnen.

Von den Diskussionsrednern wurde dieser Propagandasonntag begrüßt.

Hierauf wurden die neuen Beiträge festgesetzt: für die erste Klasse 130 000 Mark, für die zweite Klasse 100 000 Mark und für die dritte Klasse 30 000 Mark. Diese Beiträge gelten für die ersten beiden Septemberwochen.

Zum Schluß wurde ein Antrag auf Einberufung eines Bezirksparteitages der Bezirksleitung überwiesen.

Delitzsch. Achtung, Erwerbslose! Heute, Dienstag, den 28. August, nachmittags 2 Uhr, findet im „Lindenhof“ eine Erwerbslosen-Vollversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Arbeitslosen aus Stadt- und Landkreis Delitzsch, zu erscheinen. Betrifft Anmeldung der Unterstützung.

Dessau. Großdessau. Wie amtlicherseits mitgeteilt wird, sind die Eingemeindungsverhandlungen bzw. die Besprechungen über den Eingemeindungsvertrag zwischen der Stadt Dessau und den Landgemeinden Ziebigk, Klein- und Großkühnau, Alten und Törten so weit gediehen, daß man in allernächster Zeit mit dem Abschluß der Eingemeindung rechnen kann. Die Gemeinden Alten und Kleinkühnau haben dem Vertrage bereits zugestimmt, für die anderen Gemeinden ist die Erledigung durch den Gemeinderat in den nächsten Tagen zu erwarten.

Aus der Jugendbewegung

Bitterfeld. Faszistischer Sedantag oder Internationaler Jugendtag? heißt das Thema der am Donnerstagabend, ½8 Uhr, im „Bürgergarten“ stattfindenden Oeffentlichen Jugendversammlung. Referent Genosse Müller, Delitzsch. Jugendliche Arbeiter Bitterfelds, erscheint vollzählig.

Arbeiter-Sport

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Faustballserienspiele am 2. September. In Dieskau nachmittags 2 Uhr: Hohenturm-Peißen (Halle); 2.45 Uhr: Hohenturm-Dieskau (Peißen); 3.30 Uhr: Halle 1.-Peißen (Dieskau); 4.15 Uhr: Halle 1.-Hohenturm (Peißen); 5 Uhr: Dieskau-Peißen (Halle). In Nietleben vormittags 9 Uhr: Nietleben Jgd.-Kanena Jgd. (Nietleben); 2 Uhr: Nietleben 2.-Halle 2. (Reideburg); 2.45 Uhr: Reideburg 2.-Halle 2. (Nietleben); 3.30 Uhr: Nietleben 2.-Kanena (Halle); 4.15 Uhr: Reideburg 2.-Kanena (Nietleben); 5 Uhr: Nietleben 2.-Reideburg 2. (Kanena). In Halle 9 Uhr: Zwintschöna Jgd.-Reideburg Jgd. (Halle); 9.45 Uhr: Zwintschöna Jgd.-Halle Jgd. (Halle). In Ammendorf fallen anläßlich des Vereinssportfestes die angesetzten Spiele aus und finden am 30. September bzw. 14. Oktober statt. Genaue Bekanntgabe durch die Zeitung. Die Spiele in Reideburg finden ebenfalls erst am 30. September, vormittags, statt. Der Mannschaft von Hohenturm wird empfohlen, zu den Serienspielen anzutreten oder im Behinderungsfalle dem Gruppenspielleiter Gustav Haberland, Nietleben, rechtzeitig Mitteilung zu machen. Spielresultate: Nietleben 1.-Ammendorf 1. mit 112 : 95; Nietleben 1.-Radewell 1. mit 77 : 61; Radewell 1.-Ammendorf 1. mit 129 : 123; Hohenturm nicht angetreten, 6 Verlustpunkte; Passendorf-Halle 2. mit 107 : 116; Passendorf-Kanena mit 62 : 83.

RFK. Askania 09. Resultate vom Sonntag, dem 26. August. Askania 2.-Wörmlitz 2. 1 : 1; Askania 3.-Minerva 3. 1 : 1. Allen Mitgliedern zur Kenntnis! Da wir den neuen Sportplatz in kürzester Zeit fertigstellen müssen, machen wir hiermit allen Mitgliedern zur Pflicht, jeden Abend zur Platzarbeit zu erscheinen. Platzarbeit jeden Abend von 5½ Uhr an. Nichterscheinen wird bestraft.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230828-12/fragment/page=0005

Leben * Wissen * Kunst

Der Deutsche Kommunistenklub in Moskau

Von **Ehrenfried Wagner (Moskau).**

Groß ist die Zahl der politischen Emigranten, die aus dem reaktionären Westeuropa nach dem revolutionären Rußland geflohen sind und die hier nach oft jahrelangen Verfolgungen durch die Weiße Justiz einen sicheren Port gefunden haben. Unter diesen Emigranten sich auch zahlreiche deutsche Parteigenossen, von denen sich ein großer Teil in Moskau niedergelassen hat.

Wenn es bisher auch der Internationalen Roten Hilfe durch ihre Organisationen stets gelungen war, den Emigranten sofort eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln, so ließ doch der innere Zusammenschluß und die Möglichkeit der politischen Weiterarbeit noch viel zu wünschen übrig. Es war daher sehr zu begrüßen, als sich die in Moskau lebenden deutschen Kommunisten zu einem Klub zusammenschlossen. Im Zentrum der Stadt, auf der Mal-Dimitrovka 5, wurde den deutschen Genossen ein großes Haus mit schönen, geräumigen Zimmern zur Verfügung gestellt. Die Genossen haben sich durch eigene Arbeit die Räume so hergerichtet, wie sie es gebrauchten. Während sich in der oberen Etage Wohnungen befinden, in denen Emigranten leben, liegen die Klubräume im Erdgeschoß. Es gibt da einen sehr großen Versammlungssaal, in dem sich auch ein schöner Flügel befindet; weiterhin einen Lesesaal, in dem fast sämtliche deutsche Parteizeitungen, auch einige bürgerliche Blätter, die russische Parteipresse und einzelne deutsche Zeitschriften ausliegen. In einem ruhig gelegenen Bibliotheksraum ist eine gute und sehr reichhaltige Bibliothek untergebracht, die neben einer fast kompletten politischen Abteilung auch belletristische Literatur alter und neuer Zeit enthält. Das Bildungs- und Lesebedürfnis unter den deutschen Emigranten ist ein sehr großes, die Bibliothek wurde selbst in diesen Sommermonaten außergewöhnlich stark benutzt. Ein bequem eingerichtetes Konversationszimmer endlich soll mit helfen, die Genossen bei geselligem Zusammensein (Schachspiel usw.) oder in ernster politischer Diskussion näherzubringen. Eine im Klubhaus befindliche Küche sorgt auch noch für die leiblichen Bedürfnisse der Klubmitglieder und ihrer Gäste.

Der Zweck des Klubes soll durchaus nicht sein, die deutschen Genossen abzukapseln von der übrigen Außenwelt, sondern im Gegenteil ein Zentrum zu schaffen, das die Verbindung der deutschen Emigranten mit dem politischen Leben Deutschlands einerseits, als andererseits mit dem kulturellen, politischen und geistigen Leben Rußlands herstellen soll. Die Genossen sollen die Zeit, die sie in der Emigration verleben, nützlich zu ihrer Weiterbildung anwenden, zu diesem Zweck hat die Klubverwaltung verschiedene Kurse eingerichtet, einen z. B. über politische Oekonomie, einen anderen über russische Parteigeschichte. Ein Diskussionsabend, der wöchentlich stattfindet, beschäftigt sich mit den neuesten Tagesproblemen. An einem Leseabend werden gemeinsam die Artikel unserer theoretischen Zeitschrift „Die Internationale“ gelesen und besprochen. Während der letzten, hochpolitischen Zeit in Deutschland fanden besondere Informationsabende statt, an denen die neuenst Telegramme aus Deutschland bekanntgegeben und die Ereignisse in ihren Perspektiven besprochen wurden. Hierzu hatten sich besonders auch zahlreiche deutschsprechende russische Genossen eingefunden. Die Vorgänge in Deutschland, der Kampf des deutschen Proletariats, fanden im Deutschen Kommunistenklub in Moskau einen deutlichen Reflex. **Mit dem lebendigsten Interesse haben die deutschen Emigranten die Ereignisse in diesen kritischen Tagen in Deutschland verfolgt, mit allen ihren Gedanken waren sie bei dem deutschen Proletariat, bei der deutschen Revolution!**

An den Sonntagen finden gemeinsame Wanderungen, auch botanische und geologische Exkursionen unter fachmännischer Leitung statt. Bei dieser Gelegenheit werden auch die Verbindungen aufrecherhalten mit den russischen Genossen, wie sich der Deutsche Kommunistenklub besonders die Pflege eines guten Verhältnisses mit den Kreml-Kursanten angelegen sein läßt. An Unterhaltungsabenden versuchen sich die Emigranten einzuleben in die Wunderwelt der russischen Kunst und suchen wieder den russischen Genossen Proben der Kunst deutscher Eigenart zu geben.

Im Mittelpunkt aller Veranstaltungen aber standen und stehen die politischen Vortragsabende. Es gibt kaum ein Ereignis von politischer Bedeutung, das nicht an einem dieser Abende behandelt worden wäre. Mitglieder der Exekutive der Komintern oder aus den einzelnen Ländern anwesende Delegierte haben über die Arbeiterbewegung ihres Landes oder über Probleme der Komintern von besonderer Wichtigkeit referiert. Selbst die Wellen der politischen Auseinandersetzung, die vor einigen Monaten die deutsche Partei bewegten, fanden in einem Vortragsabend des Deutschen Klubs ihren Niederschlag. Es sprachen als Vertreter der Zentrale der Genosse Heinrich Brandler und als Vertreter der Opposition die Genossin Ruth Fischer. Dieser sehr wichtige Vortragsabend war außerordentlich stark besucht, auch von zahlreichen Mitgliedern der Komintern. Als interessante Abende der letzten Zeit müssen noch erwähnt werden die Vorträge von Delegierten anläßlich der Bureausitzung der Erweiterten Exekutive, der Anti-Faszistentag der in Moskau lebenden deutschen Kommunisten, an dem der soeben aus Deutschland gekommene Genosse Max Hammer referierte und ein Vortragsabend, der sich mit dem neuesten Problem, der neutralen Frage und dem deutschen Kleinbürgertum beschäftigte. Bestimmt, unsere deutschen Genossen in der Emigration entfalten großen politischen Fleiß und suchen in engster Fühlung mit dem politischen Leben des Westens zu bleiben. Daneben wird auch keine Gelegenheit verpaßt, das russische Leben zu studieren (es wurden in besonderen Abenden die Probleme des letzten russischen Parteitages diskutiert), was besonders schwierig ist, da nur ein kleiner Teil unserer Genossen der russischen Sprache mächtig ist.

Die Zahl der in Moskau lebenden deutschen Emigranten beträgt zurzeit etwa 200, von denen sich ein gutes Drittel dem Deutschen Kommunistenklub angeschlossen hat. Unter den politischen Emigranten befinden sich viele Genossen, die von der bayrischen Reaktion verfolgt werden und im Zusammenhang mit der bayrischen Räterepublik Deutschland verlassen mußten. Der erste Vorsitzende des Deutschen Kommunistenklubs in Moskau ist der Genosse Willi Budich, dem es im vorigen Jahre während des großen Eisenbahnerstreiks gelungen ist, zum dritten Male den Klauen der deutschen Polizei zu entfliehen. Mit allem Ernst und Eifer bemüht sich die Klubverwaltung, den deutschen Emigranten Gelegenheit zu geben, sich politisch zu schulen und zu bilden, damit sie stark genug sind, wenn die deutsche Revolution ruft, in den Reihen des deutschen Proletariats wieder ihren Platz einzunehmen.

Die Not der Aerzte und der Tod der Kranken

Ein Arzt schreibt der „Roten Fahne“:

Ich behandele ein schwer lungenkrankes Kind seit dem April dieses Jahres und habe bei ihm etwa 20 Besuche gemacht und bin außerdem noch etwa fünfmal von der Mutter in meiner Sprechstunde um Rat gefragt worden. Es handelt sich um das Kind eines Kriegsinvaliden; die Kriegsfamilienfürsorge ist also verpflichtet, freie ärztliche Behandlung zu gewähren. Als ich Anfang Juli meine Rechnung bei der genannten Behörde einreichte, tat ich das mit dem Bemerken, daß ich selbst auf das Honorar zugunsten des Kindes verzichte (obwohl ich nicht etwa ein reicher Mann bin, vielmehr zeitweise mit meiner Familie buchstäblich Not leide) und daß ich bitte, die mir zustehende Vergütung meiner Arbeit möglichst bald, bevor sie völlig entwertet ist, der Mutter des Kindes zu überweisen. Vor einigen Tagen, also Mitte August, erhielt ich von der Fürsorgestelle die Nachricht, daß nach den damals üblichen Sätzen der Riesenbetrag von 43 000 Mk. (dreiundvierzigtausend Mark), also noch nicht der Wert eines Eies, überwiesen werden würde, wohlgemerkt, noch nicht etwa überwiesen sei. Auf meine Forderung nach Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Geldentwertung wurde mir bedeutet, daß man in Erwägung ziehe, mich von der Behandlung der Kriegerfamilien überhaupt auszuschließen (zur Strafe dafür, daß ich mich oder vielmehr das arme Kind nicht betrügen lassen will). Heute, am 15. August, ist das Kind gestorben, das Geld aber ist immer noch nicht eingetroffen. Mögen die Herren an der sogenannten „Fürsorgestelle“ nunmehr sich selbst das Ei gut schmecken lassen, das sie nach fünf Monaten für ärztliche Leistungen einem armen, im Sterben liegenden Menschenkinde zukommen lassen wollten.

Das Gegenstück dazu: Ein armes, 26jähriges Menschenkind mit einem schweren chronischen inneren Leiden, dem ich bereits einmal in der glücklichen Lage war, durch eine Anzahl Einspritzungen wieder auf die Beine helfen zu können, ist durch einen allerdings groben, aber verzeihlichen jugendlichen Leichtsinn neu erkrankt. Ich will die Kur von damals wiederholen, und mir werden in der Apotheke für sechs derartige Einspritzungen (etwa 12 sind erforderlich!) rund 1 800 000 Mk. (eine Million achthunderttausend Mark) abverlangt. Natürlich ist die arme Kranke, die von ihrer Hände Arbeit lebt, nicht imstande, diese geradezu brutale Forderung zu erfüllen, und ist mithin wahrscheinlich rettungslos dem Untergang preisgegeben. Hat unsere chemisch-pharmazeutische Industrie in der Tat nur die eine Verpflichtung, ihren Aktionären wahrhaft ungeheuerliche Dividenden zu zahlen oder besteht nicht vielleicht noch eine Pflicht ihrerseits dem Volksganzen gegenüber? Und hat nur der Börsenschieber das Recht, sein Drohnenleben zu erhalten und nicht ebenso derjenige Teil des Volkes, der sich durch seiner Hände Arbeit seinen Unterhalt verdient?

★ Was sollen wir lesen? ★

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Halle: Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, in der n auswärtigen Filialen, sowie in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44. Magdeburg: Buchladen der „Tribüne“, Jakobstraße 4.

„Kampf und Sieg der russischen See- und Binnenschiffer“*)

Mit der Entwicklung der Kommunistischen Partei in Rußland sind wir in Deutschland durch eine Reihe von Broschüren vertraut geworden. Den Gang der russischen Revolution in ihren Hauptzügen haben wir mit dem gesteigerten Interesse des Mitkämpfers an einer anderen Front verfolgt. Dagegen fehlt uns noch die genauere Kenntnis der Struktur und Entwicklung der russischen Gewerkschaftsbewegung. Mit ihrem Wesen uns vertraut zu machen, ist keine theoretische oder rein informatorische Angelegenheit. Die russische Gewerkschaftsfrage steht auf der Tagesordnung unserer gegenwärtigen Politik. Im Kampfe zwischen Amsterdam und Moskau spielt sie die wichtigste Rolle. Bei den Verhandlungen der letzten Jahre um die Herstellung der Einheitsfront, bei den Bemühungen der revolutionären Verbände um Aufnahme in die internationalen Berufsvereinigungen, spielte die Behauptung der Amsterdamer eine große Rolle, daß es in Rußland keine Gewerkschaften im üblichen Sinne gebe. Was sich dort Gewerkschaft nenne, seien nur vom Staat gegründete und ausgehaltene Organisationen.

Die beste Antwort auf diese Angriffe bildet das soeben erschienene Buch des Genossen Atschkanoff, das in gedrängter Form die Geschichte einer russischen Gewerkschaft bildet. Atschkanoff polemisiert nicht; er gibt nur Tatsachen — aber Tatsachen von solcher Wucht und Bedeutung, daß die kleinen Makler aus dem Lager der Gewerkschaftsbureaukratie verstummen müßten, wenn sie sich nicht schon längst absichtlich mit Scheuklappen versehen hätten gegen alles, was sie nicht sehen wollen.

„Wie wir kämpften und unseren Verband aufbauten“, lautet der Titel des Buches in der russischen Ausgabe. Vom illegalen Zirkel, der die ersten wirtschaftlichen Kämpfe der Matrosen der Handelsflotte vorbereitete und durchführte, der von den zaristischen Schergen und einem skrupellosen Unternehmertum mit allen Mitteln verfolgt wurde, führt der Verfasser den Leser von Stufe zu Stufe, aus einer Etappe in die andere bis zur Nationalisierung der Handelsflotte durch das siegreiche russische Proletariat und bis zu den neuen Aufgaben der Gewerkschaften unter der neuen ökonomischen Politik Sowjet-Rußlands. Keine trockene Abhandlung haben wir vor uns, wie eine Erzählung wirkt die Schilderung der revolutionären Kämpfe, in denen die russischen See- und Binnenschiffer eine große Rolle spielten.

Der Leser folgt dem Kampf um die Herrschaft auf den Meeren und Flüssen, den Zusammenstößen mit den monarchistischen Teilen der Flotte, den Vorbereitungen und der Durchführung des technischen Teils der Sozialisierung. Ungewollt ist die Arbeit Atschkanoffs zu einem Querschnitt durch die gesamte russische Revolution geworden, von dem Gesichtspunkt eines einzelnen Berufs aus gesehen, rollen die Ereignisse vorüber und vereinigen sich zu einem Gesamtbild.

Besitzt die Arbeit Atschkanoffs für die deutschen Seeleute und Transportarbeiter besonderes Interesse, so ist sie darüber hinaus als eine wertvolle Bereicherung der revolutionären Literatur über Sowjet-Rußland zu begrüßen. Jedem Arbeiter und jeder Arbeiterbibliothek ist die Anschaffung zu empfehlen. A. Werner.

Eingelaufene Bücher und Schriften

(Die Besprechung der einzelnen Werke behält sich die Redaktion vor.)

Das Spiel mit dem Feuer. Prosaschriften von Willi Haas, Berlin 1923. Verlag: Die Schmiede. **Panzerzug Nr. 14 bis 69.** Erzählung von Wassewolod Iwonow. Verlag: Carl Hoym Nchf. Louis Cahnbley, Hamburg 8, 1923. **Der Zwiebelfisch.** Eine kleine Zeitschrift über Bücher und andere Dinge. 15. Jahrgang, Heft 5/6. München 1923. Hans v. Weber-Verlag. **Bibliothek der roten Gemeinschafts-Internationale. 20. Band.** Heckert — Pawlick — Die Einheitsfront und die Offensive des Kapitals. Führer-Verlag, Berlin, Charitéstraße 7. 1923. **Die rote Gemeinschafts-Internationale.** 3. Jahrgang, Nr. 4. April 1923. Herausgegeben vom Vollzugsbureau der Roten Gewerkschafts-Internationale, Moskau. Auslieferung für Deutschland durch Führer-Verlag, Berlin, Charitéstraße 7. **Schlageter.** Eine Auseinandersetzung — Karl Radek — P. Frölich — Graf Ernst Reventlow, Möller von der Bruck. Viva-Verlag, Berlin SW. 61, Planufer 17. **Deft Stinnes „Die Söhne“.** Acht Szenen mit acht Steinzeichnungen von Ernst Schütte. Paul Steegemann-Verlag Hannover und Leipzig. **H. F. Crohn-Wolfgang:** Lettlands Bedeutung für die östliche Frage. Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig.

---

*) Gregor Atschkanoff, „Kampf und Sieg der russischen See- und Binnenschiffer“. Führer-Verlag, Berlin NW., Charitéstraße 7. Grundpreis 1,20 Mk., Schlüsselzahl des Börsenvereins der Buchhändler. Für Organisationen und in den Buchhandlungen der KPD. besondere Organisations-Schlüsselzahl (zurzeit 100 000).

Siavus

5] Siebzehn Geschichten von **Maria Szucsich**

Siavus begegnete zwischen den Hütten einer jammernden blinden Frau, die ihm ihr Leid klagte:

„Mein Sohn hat für die Reichen Körbe geflochten, doch kauften sie die Körbe nicht und stießen uns dadurch ins Elend. Als dann ein Händler die Körbe dennoch kaufte, gab er uns für sie kaum so viel, wie sie uns selbst kosteten. Sage mir, o Siavus, weshalb verlangt der Händler jetzt für die Körbe fünfmal so viel, wie er uns gab?“

Siavus blickte die blinde Frau und die übrigen finster an. Sprach dann:

Ich will Euch eine Geschichte erzählen. Die Geschichte:

Von der Geschicklichkeit, die ich Niedertracht nenne

„Dies ereignete sich damals, da meine buntgemalten Krüge weit und breit berühmt geworden waren. Den Schah suchten Tag für Tag fremde Fürsten auf, die für die Krüge ungeheure Summen Goldes boten.

Kein Tag verging, ohne daß die Nachbarn mir die Kunde zugetragen hätten:

„Siavus, heute hat der Fürst der Schwarzen dem Schah 800 Goldstücke für einen Deiner Krüge geboten.“

„Siavus, heute hat der Fürst der Gelben dem Schah 1500 Goldstücke für einen Deiner Krüge geboten.“

Da begab ich mich an die Pforte des Palastes und begann laut zu schreien, damit auch die fremden Fürsten es hören:

„Schah! Du hast meinen Hunger ausgenützt und hast von mir die Träume meiner Seele, die ich auf die Krüge malte, den Krug zu einem Goldstück gekauft. Die Krüge wurden berühmt, der Fürst der Schwarzen hat Dir 800, der Fürst der Gelben 1500 Goldstücke für einen meiner Krüge geboten.“

Da blickte der Schah zum Fenster heraus und fragte mich:

„Was willst Du, Siavus?“

„Ich will von den Träumen meiner Seele ein einziges Stück zurückkaufen!“

„Wieviel Gold hast Du, Siavus?“

„Ich verfünffache das eine Goldstück, das Du mir einst für den einzelnen Krug gegeben hast.“

Lautes Lachen antwortete meinen Worten. Der Schah lachte, die Hofleute lachten und all die fremden Fürsten lachten, aber auch das Volk lachte.

„Warum lacht Ihr so empörend über mich?“ — fragte ich.

„Wie sollten sie denn nicht lachen“ — sprach der Schah — „da Du mir für einen Krug, für den mir andere 1500 Goldstücke bieten, fünf geben willst.“

In verzweifelter Wut schrie ich die Lachenden an:

„Als ich dem Verhungern nahe und am Ende meiner Kräfte war, verkaufte ich dem Schah meine Krüge zu einem Goldstück, er aber sitzt auf dem Gipfel des Reichtums und will mir keinen einzigen meiner Träume für den fünffachen Preis zurückgeben. Was gibt es da zu lachen?“

Da kam der Schah vor die Pforte seines Palastes und neigte sein Haupt vor mir, sagend:

„Lob und Preis Dir für Deine herrlich schönen Träume, die Du in der Sprache der Farben auf die Krüge gezaubert hast, aber Lob und Preis auch mir, der ich mich durch meine Geschicklichkeit in den Besitz der Krüge gesetzt habe.“

Ich wußte nicht, wohin vor Staunen über die Verderbtheit des Schahs und fragte:

„Wie hätte ich geschickter sein können?“

„Wenn Du Dich gleich am ersten Tag ins Bett gelegt haben würdest, den Sterbenden spielend, und mir nicht zu dreimaligem Feilschen Gelegenheit gegeben hättest. Schreib Dir selbst die Schuld zu, wenn Du nicht geschickter warst, als ich!“

Und abermals lachten die Leute. Sie priesen den geschickten Schah und verdoppelten meine Dummheit. Ich jedoch schluckte in meiner Traurigkeit über die Menschen schwere Berge des Schmerzes. Dann aber sprach ich wie folgt zum Schah:

„Gut, Du warst geschickter als ich. Und ich will auch keinen einzigen meiner Krüge zurück, möchte bloß, daß Du mir gestattest, von ihnen Abschied zu nehmen. Und ich bitte auch Euch, Ihr Lachenden, kommet mit mir, um über mich weinen zu können, wenn ich von den Träumen meiner Seele Abschied nehme.“

Der Schah liebte rührende Szenen und so gestattete er mir denn auch, seinen Palast zu betreten. Und mit mir kamen die Hofleute, die fremden Fürsten und das Volk.

Im schönsten Saal der fürstlichen Schatzkammer standen auf goldenen Sockeln die Träume meiner Seele. Da ich sie wieder sah, brach ich in Tränen aus, faßte mich aber dann und schlug mit erhobenen Stab wuchtig auf die Träume meiner Seele nieder. Die Krüge stürzten klirrend zu Boden, in tausend Trümmern. Und ich hörte, wie sie schluchzten, als sie zerscherbten.

„Da siehst Du, o Schah“ — sprach ich zu dem Verblüfften — „so viel ist Deine Geschicklichkeit wert.“

Der Schah wandte sich wutschnaubend gegen mich:

„Du erbettelst Dir den Zutritt in meinen Palast und zertrümmerst dann meine Schätze! Nennst Du diese Niedertracht Geschicklichkeit?“

„Du raubtest mir mit Deiner Geschicklichkeit die Träume meiner Seele, ich aber nahm sie mit einer Geschicklichkeit wieder zurück. Dies ist jene Geschicklichkeit, die ich Niedertracht nenne, gleichviel, ob ich sie anwende oder Du, o Schah!“

Der Schah rief nach seinen Häschern, doch trieb ich die Hofleute auseinander und floh.

„Wie soll ich Dein Märchen deuten?“ — fragte die blinde Frau.

„Deute es so: wenn die Mächtigen eine Niedertracht begehen, nennen sie es Geschicklichkeit, erweisen wir uns aber als „geschickt“, so nennen sie es niederträchtig. Ansonsten aber versinnbildlicht in dieser Geschichte der Schah jene Menschen, für die die Mitmenschen nur gemästete Schweine sind, die man geschickt in die Falle lockt und absticht, um ihnen das Fett zu nehmen. Die fremden Fürsten versinnbildlichen jene feinen Betrüger, die genau wissen, daß diese Geschicklichkeit mit Niedertracht gleichbedeutend sei, aber sich darum nicht kümmern, da sie ebenfalls Nutznießer des Fettes sein wollen. Das lachende Volk versinnbildlicht die noch nicht aufgeklärten Unwissenden, ich aber war der, der zeigte, daß die Geschicklichkeit der Reichen in Wirklichkeit Niedertracht ist!“

„Wo weiltest Du so lange, o Siavus? Wohin hatte Dich, o Sonnenstrahl in unserem Elend und in unserer Unwissenheit, das Schicksal verschlagen?“ (Fortsetzung folgt.)

Die Pleite

„Die Pleite ist nach Marx die historische Mission der deutschen Bourgeoisie.“

„Die Pleite im besonderen dürfte in keinem besseren bürgerlichen Haushalt fehlen.“

*

Vergeßt nie die Helden der Revolution, die Märtyrer des Klassenkampfes. Feiert sie. Seid unerschrocken wie sie. Seid siegbewußt wie sie. Seid opferwillig wie sie. Brennt ihre Namen in Euer Gewissen. Es gibt keine höhere Pflicht, als es ihnen gleich zu tun im Klassenkampf für die proletarische Revolution.

(Aus: „Die Pleite“ von George Grosz und John Heartfield.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230828-12/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 16.—31. Aug. 385 000 M., durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leipzigerstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 44000 M. für den Millimeter Höhe 1 Spalte, 300000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 108848. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 50 000 Mk. | **Dienstag, den 28. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 200**

Die Diktatur Hilferding-Sollmann-Stresemann

Drakonische Maßnahmen nicht gegen die Wucherer, Schieber und Steuersaboteure, sondern gegen die Arbeiter und ihre Presse

Die Herren Hilferding, Sollmann und Stresemann regieren nunmehr zwei Wochen:

Sie haben noch keine Zeit gefunden, Devisen und Lebensmittel zu beschlagnahmen und überhaupt die „drakonischen Maßnahmen ihrer Diktatur der Mehrheit" gegen die Volksausplünderer, Steuer- und Produktionssaboteure anzuwenden.

Die Devisen werden von den Herren Spekulanten, Industriellen, Großhändlern, Bankiers usw. „freiwillig" abgeliefert.

Wenn sie falsche Angaben machen über ihren Devisenbesitz, **können** sie mit Zuchthaus bestraft, und sogar ihr Vermögen teilweise eingezogen werden.

„Können" — wenn nämlich der bureaukratische Amtsschimmel hinter die tausend Schliche der kapitalistischen Gauner kommt — natürlich kommt er nicht dahinter — und wenn die bürgerliche Klassenjustiz dieselben großen kapitalistischen Gauner so anfaßt wie die dummen Teufel, die statt Milliarden nur ein Stückchen Brot stehlen.

Die Herren Hilferding, Sollmann und Stresemann können sich von der Börse, also von den Sachverständigen im kapitalistischen Gaunertum, bereits schriftlich geben lassen, daß die Devisengeschichte ein schlechter Scherz ist.

„Effekten außerordentlich fest", Dollar 5,5 bis 6 Millionen — achselzuckend geht die Börse über den Stresemann-Hilferdingschen Tamtam zur Tagesordnung über. „Geschäft wie üblich."

Wie wir hören, will Herr Hilferding, der früher einmal sein Schiffleein nicht an das sinkende Schiff Sowjet-Rußlands und des Kommunismus anbinden wollte, Sokolnikoff, den russischen Finanzkommissar kopieren.

Die Kopie! Der russische Sowjetstaat kontrolliert die gesamte Großindustrie, den Außenhandel, die Devisen, die Preise, die Löhne . . . Herr Hilferding kontrolliert nichts — nicht einmal seine Zunge . . .

Hilferding, Sollmann und Stresemann beschlagnahmen auch **keine** Lebensmittel . . . Sie wollen das nicht, und sie könnten es nicht, selbst wenn sie wollten.

Aber sie beschlagnahmen die „Rote Fahne" und die „Junge Garde". Sie stellen die kommunistische Presse unter Vorzensur. **Sie unterdrücken die anklagende und fordernde Stimme des hungernden und empörten Volkes.**

Das können sie noch.

Dazu braucht's nur noch ein paar Dutzend Schupos, die ein Haus umstellen.

Gründe braucht man dafür nicht. Dafür hat Eberts Verordnung gesorgt.

„Die ganze Richtung paßt uns nicht." Das genügt.

„Diktatur der Mehrheit?"

Die Herren sozialdemokratischen Führer mögen doch einmal nur bei den Mitgliedern ihrer Partei, nach freier Diskussion, eine Urabstimmung vornehmen lassen, ob sie für die Hilferdingsche Pfuscherei oder für die Sachwerterfassung, für die Große Koalition oder für die Arbeiter-Regierung, für die Stresemannschen oder für die Kommunistischen Losungen sind . . .

Ausnahmegesetz gegen die wirkliche Volksmehrheit: ausgeübt von den Beauftragten der besitzenden Minderheit: das ist's!

Die regierenden Herrschaften können sich nicht beschweren, daß ihnen irgendwo von den Kommunisten Schwierigkeiten gemacht wurden, wo sie ernsthaft den kapitalistischen Haifischen an den Leib gehen wollten.

Aber schärfste Kritik, schärfster Kampf, wo nur hohler Tamtam gemacht, wo das vom Volk als notwendig Anerkannte sabotiert wird!

Dazu werden weder Beschlagnahmen, Vorzensur noch sonstige Repressalien etwas ändern. Die Arbeiterschaft wird den regierenden Koalitionsherrschaften, die sich auf den Willen der Volksmehrheit berufen, ihre Meinung über die Unterdrückung der Arbeiterpresse so deutlich kund tun, daß ihnen diese Spähe bald vergehen!

*

Die „Rote Fahne" unter Vorzensur

(Eigene Drahtmeldungen)

Berlin, 28. August.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag erschien wiederum in der Friedrichstadtdruckerei, in der die „Rote Fahne" hergestellt wird, ein starkes Aufgebot von Schupo, die sämtliche Ausgänge besetzten. Die in Zivil erschienenen Kriminalbeamten der Abteilung Ia verlangten die Montagausgabe der „Roten Fahne" zur Durchsicht. Die Aufforderung geschah ohne Vorzeigung eines schriftlichen Befehls. Die Beamten legitimierten sich lediglich durch Vorzeigung ihrer Polizeimarke. Unter Protest wurde ihnen ein Exemplar ausgehändigt. Die Beamten verschwanden und erschienen nach etwa zwei Stunden wieder mit dem Bescheid: „Kann erscheinen!" Durch diese Maßnahme ist die „Rote Fahne" unter Vorzensur gestellt, der jede rechtliche und gesetzliche Grundlage fehlt.

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages hat eine Anfrage eingebracht, in der sie die Regierung auffordert, sofort zu erklären, ob sie bereit ist, diese Maßnahmen gegen die „Rote Fahne" weiterhin zu dulden.

Auch die „Junge Garde" beschlagnahmt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. August.

In der Friedrichstadtdruckerei wird auch die „Junge Garde", das Zentralorgan der Kommunistischen Jugend Deutschlands, gedruckt. Am Montagnachmittag 3 Uhr erschien eine Abteilung Polizeibeamter und beschlagnahmte ohne Angabe von Gründen die gesamte Auflage. In dem Verlagsraume der „Jungen Garde" in der Strahlauer Straße wurde ein Transport von 10 000 Exemplaren bei der Ankunft sofort beschlagnahmt.

Vorzensur der Hamburger „Volkszeitung"

Hamburg, 27. August.

Sonnabendmittag erschien in unserer Druckerei ein Sipoaufgebot, geführt von zwei Kriminalbeamten, mit dem Auftrag, den ersten Abdruck unserer Zeitung der Polizeibehörde zu bringen und im übrigen die Verbreitung der heutigen Ausgabe zu verhindern. Den Beamten wurde von uns erklärt, daß wir über die Vorzensur einen schriftlichen Befehl der Polizeibehörde verlangen. Einige Zeit später traf dann der schriftliche Befehl der Polizeibehörde ein. Dieser lautet:

„Kriminalkommissar Zusall erhält den Auftrag, von der Redaktion der „Volkszeitung" einen Abzug der heutigen Ausgabe einzufordern und im Stadthause zur Durchsicht vorzulegen. Die Verbreitung der heutigen Ausgabe ist durch Heranziehung der erforderlichen Beamten bis auf weitere Verfügung zu verhindern."

eibehörde, daß der
erfahren gegen die
in dem Aufruf an
dritten Absatz, in
deten Proletariern
, Leben bleibt.

emokraten Hense

endtag in

dorf, 27. August.

die Abhaltung des
oten. Das Verbot
itischen Machthaber

end hat daraufhin
bestimmt.

ng verboten

und, 28. August.

chen Partei wurde
er deutschen Polizei

prozeß

chen, 27. August.

en des politischen
udierenden August
n Tode, den Kaufmann
ahr Gefängnis, den
Hilfsarbeiter Ernst Berger sowie den Schriftsteller und Privatgelehrten Dr. Arnold Ruge sprach das Gericht von der Anklage der Begünstigung frei. Dagegen wurde Dr. Ruge wegen Aufforderung zum Morde zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Ernst Berger wurde auf freien Fuß gesetzt.

*

Das Urteil gegen Berger und Ruge ist ein neuer Skandal der bayrischen Weißen Justiz. Gegen Berger hatte selbst der Staatsanwalt der faszistischen Regierung die Todesstrafe beantragt. Ruge war der Hauptverführer und Haupttreiber der Mordfeme. Er, der intellektuelle Urheber, kommt mit einem Jahr Gefängnis davon!

Lohnabbauoffensive Metallindustrieller

(WTB.) Cassel, 27. August.

Der Verband der Metallindustriellen Cassels und der benachbarten Industriebezirke gibt bekannt, daß sich die Betriebe der Casseler Metallindustriellen gezwungen sehen, zur Abwehr unberechtigter Lohnforderungen allen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 15. September zu kündigen. Heute nachmittag fanden unter Vorsitz des Regierungspräsidenten Einigungsverhandlungen mit noch unbekanntem Ergebnis statt.

10 Uhr vorm.: Dollar 6 400 000 Mk.

Und das soll das Heilmittel sein!

Die Notverordnung Hilferdings

Die mit soviel Tamtam angekündigte Notverordnung ist da: der Lärm hat wahrlich mehr versprochen, als in diesen 15 Paragraphen gehalten wird. Die „brutalen" Maßnahmen Hilferdings kennt man jetzt also. Sie fallen noch zahmer aus, als es von vornherein klar war.

Die Notverordnung soll die leeren Schränke der Reichskassenverwaltung mit Devisen füllen. Sehen wir uns genauer an, mit welchem Zaubermittel der Finanzhexenkünstler Hilferding diese Aufgabe erfüllen will.

§ 1 der Verordnung besagt, daß diejenigen Personen und Gesellschaften, welche nach dem Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung zur Abgabe verpflichtet sind, für je 10 000 Mark 2 Mark in Gold zu entrichten haben, während alle übrigen natürlichen und juristischen Personen, Vereinigungen und Vermögensmassen 1 Mark Gold abzuführen haben, und zwar beide in Devisen. Das ist zunächst einfach eine Vorschrift. Aber schon im ersten Paragraphen wird die Vorschrift, die ungefähr dieselben Verpflichtungen enthält wie das sogenannte Zwangsanleihegesetz (dessen Ertrag eine Farce war), dadurch durchbrochen, daß vorhandene Schulden in ausländischer Währung abgezogen werden sollen und daß eine Ablieferungspflicht nicht besteht, wenn der abzuliefernde Betrag 10 Mark in Gold nicht übersteigt.

Jeder Mensch wird sich sofort fragen: wer beurteilt, ob die aufgezählten natürlichen und juristischen Personen, Vereinigungen und Vermögensmassen ablieferungspflichtig sind? Welche Mittel gibt es, um festzustellen, ob die Genannten Devisen besitzen? Was geschieht mit denjenigen Personen, Gesellschaften usw., welche tatsächlich oder angeblich keine Devisen besitzen?

Auf die letzte Frage gibt der § 2 nackt und nüchtern die Antwort: Mit ihnen geschieht nichts, es „bleibt eine Regelung über Art und Umfang ihrer Heranziehung vorbehalten".

Auf die erste Frage antwortet die ganze Notverordnung überhaupt nicht, und kann sie natürlich nicht antworten, solange das sogenannte Geschäfts- und Bankgeheimnis aufrechterhalten bleibt, d. h. solange die Angestellten und Arbeiter durch ihre Räte nicht die Transaktionen der Gesellschaften, Banken, Einzelpersonen kontrollieren, solange beurteilt lediglich der Devisenbesitzer selbst, ob er zu denen gehört, die ablieferungspflichtig sind oder nicht. Da in der heutigen Zeit die Devisenbesitzer sich durch einige Skrupellosigkeit auszeichnen, so wird der ängstlich gestimmte Zeitgenosse — das sind 99 Prozent aller in Deutschland Lebenden — von vornherein wissen, daß die Verordnung für die Katz ist. Die zweite Frage, welche Mittel es gibt, um festzustellen, ob eine Person oder eine Gesellschaft Devisen besitzt, sollen die §§ 8 bis 12 beantworten. Diese Paragraphen stellen, mit Verlaub zu sagen, die Hilferdingschen „Brutalitäten" in Aussicht. Sehen wir uns an, wie Hilferding und seine Regierungskollegen ihre „diktatorischen Maßnahmen" durchzuführen gedenken.

§ 8 erklärt: Jeglicher, der weniger als zwei oder eine Goldmark für je 10 000 Mark des ersten Teilbetrages der Brotversorgungsabgabe abliefert, ohne hierzu befugt zu sein, muß eine Erklärung abgeben, kann vorgeladen werden, um diese Erklärung zu ergänzen, und, man höre und staune, seine Erklärung kann sogar durch eine Prüfung der Bücher und Betriebe unterstützt werden. Die Erklärung wird an Eidesstatt abgegeben. Wir wissen im voraus, daß dabei allerlei falsche Eide geleistet werden. Bis die Prüfung durch amtliche Bureaukraten erfolgt ist, können, eben weil die Angestellten und Arbeiter durch ihre Räte das Gebaren des Betreffenden nicht kontrolliert haben, alle Bücher glänzend umgefälscht sein. Der § 8 ist also eine leere und dazu noch lächerliche Drohung.

§ 9 droht weiter: Wer die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt oder, vorgeladen, nicht erscheint oder die Auskunft verweigert, kann Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 2 Goldmark für je 10 000 Mark des abzuliefernden Betrages erhalten. Wenn das nicht zieht!

§ 10 kommt ganz grob: Nachdem § 9 alle möglichen kautschukartigen Ausflüchte geradezu in die Welt gezaubert hat, wird § 10 gedroht, daß mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und mit Geldstrafe bestraft wird, wer „vorsätzlich" (was ist das, wenn § 8 die Hintertür offen läßt?) die Erklärung verweigert oder nicht rechtzeitig abgibt, vorgeladen nicht erscheint, die Auskunft verweigert, die Prüfung von Büchern oder Betrieben nicht gestattet oder behindert oder schließlich den Vorschriften des völlig vorschwommenen § 4 zuwiderhandelt, in dem einfach eine Aufzählung der sozusagen guten Devisen und der weniger guten Devisen enthalten ist und in dem einige vollkommen sinnlose Redensarten über die „freiwillige Hingabe von Zahlungsmitteln in ausländischer Währung an das Reich" gemacht werden, die bedeuten, daß man einer Reihe von großen Haifischen die Ablieferung ersparen will. Trotzdem sogar Zuchthaus für besonders schwere Fälle angedroht ist, ist es klar, daß der § 10 ebenfalls für die Katz ist, erstens weil der Kautschukparagraph 9 besteht, und zweitens, weil die Strafen nur in einem ordnungsgemäßen gerichtlichen Verfahren ausgesprochen werden können, welches sicher länger dauern wird als die Regierung Stresemann und ihre Finanzverordnung.

§ 11 kommt ganz grob: Wer die Erklärungen, die in § 8 gefordert werden, wissentlich unrichtig oder unvollständig macht, kann (!) mit Zuchthaus, kann aber auch, „bei mildernden Umständen", mit Gefängnis bestraft werden. Wenn er „fahrlässig" gehandelt hat, so bekommt er Gefängnis. Ein Höllengelächter muß die Antwort auf diesen Paragraphen sein: ganz abgesehen von der Länge des gerichtlichen Verfahrens — es sind die Strafkammern zuständig — weiß man doch, daß eine Krähe der anderen die Augen aushackt, und daß die reaktionären Richter die Geldgeber ihres Staates und die Stützen der öffentlichen „Ordnung" schon so anfassen werden, daß ihnen nichts passiert.

§ 12 aber zeigt Hilferding in seiner ganzen Größe: Den Schiebern gegenüber „kann" (!) neben der Strafe auch auf Vermögenskonfiskation oder vielmehr auf „Einziehung der verschwiegenen Vermögensgegenstände" erkannt werden. Es „kann" — es wird aber nicht. Denn solche Strafen spricht kein bureaukratisches reaktio-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230828-12/fragment/page=0007